

Politische Berichte ★

P.V.Stück G 7756 D
ENTGELT BEZAHLT

GNN, PF 260226, 50515 Köln

50667

Ulrike Detjen
Burgunderstr. 57-59

50677 Köln

Nummer 8/16. Jahrgang

20. April 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Schöne neue Welt per Multimedia?

Medienkonzerne im Gründerrausch

Deutsche und internationale Konzerne überschlagen sich derzeit in Firmengründungen und Zusammenschlüssen quer zu den Branchen und über Grenzen hinweg. In einem wahren Gründerfieber werden die Claims für den „Markt des 21. Jahrhunderts“, Multimedia, abgesteckt. Eine technische und gesellschaftliche Revolution, ein neues Zeitalter gar wird angekündigt. Beim G-7-Treffen in Brüssel Ende Februar saßen neben den Wirtschafts-, Kultur- und Kommunikationsministern der sieben führenden Industrienationen der Welt erstmals die Top-Manager von vierzig Konzernen (IBM, Sony, Disney, Texas Instruments, Deutsche Telekom, Bertelsmann, Olivetti, Apple, Philips, Nokia ...) am Verhandlungstisch und berieten die Schaffung der weltweiten „Informationsgesellschaft“. Al Gore, US-Vizepräsident: „Wir haben jetzt die große Chance, die Welt in neuem Licht zu sehen, ihr Funktionieren zu überdenken und die Art, in der wir funktionieren.“ Millionen neuer Arbeitsplätze werden versprochen. Die Presse schrieb von der „beschwipsten Aufbruchstimmung der unter sich bleibenden Info-Eliten“.

Besoffen sind die Eliten von den vorhergesagten Umsatzzuwächsen bei Multimedia: in Deutschland von 440 Mio. DM in 1994 auf 13 Mrd. DM im Jahr 2000 (das wären Wachstumsraten von 150 bis 200 %); in Europa von 1,5 Mrd. \$ in 1994 auf 3,7 Mrd. \$ in 2000; in USA von ca. 7 auf 37 Mrd. \$ in 2000. Nüchtern dagegen die Feststellung von Thabo Mleki, Vize-

präsident von Südafrika, daß die Hälfte der Menschheit noch nie einen Telefonhörer in der Hand hatte.

Ein Gründerbeispiel: Bertelsmann will in einer „strategischen Partnerschaft“ mit America Online Inc. (AOL) „Weltmarktführer“ für unterhaltsame Online-Dienste werden. AOL ist in den USA größter Anbieter für interaktive Online-Dienste. Das neue Unternehmen will noch 1995 in Deutschland, Frankreich und Großbritannien seine Dienste anbieten: Nachrichten, „persönliche“ Zeitung, elektronische Post, private Anzeigen, Lernprogramme, Ratgeber, Bankgeschäfte, Einkauf, Reisebuchungen, Fahrpläne. Über 1 Mio. Kunden sollen bis zum Jahr 2000 einen Umsatz von mehr als 1 Mrd. DM bringen.

Das Projekt zeigt, was die Konzerne vorrangig unter interaktiv verstehen: eine Info-Einbahnstraße. Sie bieten an — die Aktion des Kunden ist auswählen, bestellen, konsumieren, und zwar rund um die Uhr. Telebanking bedeutet, jeder Kunde sein eigener Kontoführer; Teleshopping heißt Wegfall ganzer Handelsbereiche (Endverkaufsstellen vom Lager bis zur Kasse). Die Konzentration der Dienstleistungsbranche wird steigen; neue Arbeitsplätze mit neuen Anforderungen werden entstehen, noch mehr aber wegfallen; abnorme Arbeitszeiten werden sich durchsetzen bei 24-Stunden-Dienstleistung.

Die Veränderungen in der Produktion (Heimarbeitplätze, „virtuelle Firmen“) und der Zirkulation zeichnen sich erst ab. — (ulk, siehe auch Seite 3)



„Frieden schaffen ohne Waffen“

Ostermärsche aktualisieren Lehren des 8. Mai

In mehr als 50 Orten ... haben die Ostermarschaktionen von Friedensgruppen auf Defizite der herrschenden Politik im fünfzigsten Jahr der Befreiung vom Nationalsozialismus aufmerksam gemacht ... wurde die Rehabilitierung und Entschädigung vergessener Opfer wie Sinti und Roma, Deserteuren und Opfern der NS-Militärjustiz und der Schutz von heutigen Kriegsflüchtlings gefordert, vor dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee gewarnt und zivile Konfliktlösungsmechanismen ... eingefordert. Die alte Parole „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist aktueller denn je für die Tagesordnung der Politiker, u.a. bei der heute beginnenden Überprüfungskonferenz

für den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen ... Protestiert wurde ... auch gegen den fatalen Kreislauf der Bonner Türkei/Kurdistan-Politik, in dem Rüstung exportiert und die Türkei politisch und polizeilich unterstützt wird, um nachher die vor diesem von Deutschland mitverschuldeten Krieg Geflohenen wieder in den Folterstaat Türkei abzuschleppen ... Kritik, die Ostermärsche seien aufgrund sinkender Teilnehmerzahlen „nicht mehr zeitgemäß“, wie jetzt von der bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten Andrea Fischer geäußert, wird dem Charakter der lokalen Aktionen nicht gerecht ...

(aus: Presseerklärung des Netzwerk Friedenskooperative, Bonn, 17. April)

Dollar - DM - Yen: Kämpfe in der „Triade“

Nach dem „Totrücken“ des „Reichs des Bösen“ kommt nun der Schuldenabbau

Der Fall des Dollarkurses irritiert nicht nur Finanzminister Waigel, der mit einem sinkenden Bundesbankgewinn rechnen muß, weil die Bundesbank ihre Dollarbestände niedriger bewerten muß. Auch die deutschen Konzerne klagen, der Kursfall des Dollars würde ihre Exporterlöse und Rendite senken. In seltener Einheitsfront verlangen Regierungen und Konzerne der EU und Japans, US-Zentralbank und -Regierung sollten versuchen, den Dollarkurs zu erhöhen.

Diese Forderung wird vergeblich bleiben. Denn US-Regierung und -Konzerne haben ein Interesse an einem niedrigen Dollarkurs, um den Zins für Auslandsschulden niedrig zu halten.

Viele werden sich noch erinnern, als Ronald Reagan Anfang der 80er Jahre

mit der aggressiven Parole, man müsse das „Reich des Bösen“ zu Tode rüsten, die US-Regierung übernahm. Es folgte ein monströses Hochrüstungsprogramm. Um für sein Programm Stimmung zu machen, senkte Reagan zugleich die Steuern — vor allem für Bezieher mittlerer bis sehr großer Einkommen. Eine extrem hochschnellende US-Staatsschuld war die Folge, während die US-Industrie durch die Konzentration aller Mittel auf die Rüstung in anderen industriellen Bereichen gegenüber ihren Konkurrenten in der EU und in Japan weiter in Rückstand geriet. Beides, die steigenden Staatsschulden und ein wachsendes Defizit in der Handelsbilanz, wurden finanziert durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen in Dollars an ausländi-

sche Gläubiger. Inzwischen laufen hunderte von Milliarden Dollar US-Schulden im Ausland um und müssen verzinst werden. Allein die Bundesbank hat Milliarden-Dollar-Guthaben und führt die Zinsen jedes Jahr als Bundesbankgewinn an den Bundeshaushalt ab.

Kein Wunder, daß die US-Finanzbourgeoisie nach Mitteln und Wegen sucht, um diese Schulden loszuwerden. Und eines der einfachsten Mittel zur Verringerung dieser Schuldenlast ist nun mal ein niedriger Dollarkurs. Je weniger DM für einen Dollar bezahlt werden muß, umso weniger durch Warenexporte erlöste fremde Devisen müssen für die Zinsen oder gar die Tilgung dieser Schulden gezahlt werden: Schuldentilgung durch Abwertung. Wobei ein niedriger Dollarkurs auch die indu-

strielle Konkurrenzposition der US-Konzerne auf dem Weltmarkt verbessert — jedenfalls beim Warenexport.

Beim Kapitalexport dagegen ist der Effekt umgekehrt: Während US-Konzerne für neue Auslandsfabriken mehr Dollar zahlen müssen, bessert sich auf diesem Gebiet die Position der japanischen und der EU-Konzerne. Sie können US-Fabriken jetzt noch billiger kaufen — und tun das auch schon. Die CDU/CSU phantasiert sogar bereits, die DM könne den Dollar als „international führende Währung“ ablösen — wenn nur die EU-Währungsunion gelinge. Ob die DGB-Gewerkschaften die Kraft finden, diesem chauvinistischen Konkurrenzkampf entgegenzutreten und wenigstens die staatliche Förderung von Kapitalexporten zu beenden? — (rül)

AKTUELL IN BONN**Schäuble zu Erbschaftssteuern**

Eine vage Andeutung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Schäuble, zur weiteren steuerlichen Entlastung der Konzerne womöglich die Erbschafts- und Schenkungssteuern leicht anzuheben, hat bei FDP, Immobilienbesitzern und leitenden Angestellten vehemente Proteste ausgelöst. Der „Eigentümerversand Haus & Grund Deutschland“ fürchtet eine „schlimme Hinwendung der CDU zu sozialistischem Gedankengut“, die CDU gebe ihre traditionelle Rolle als „Partei des privaten Eigentums endgültig auf“. Schäubles Vorschlag sei „ein Schlag ins Gesicht all derer, die auf Konsum verzichten und stattdessen für sich und ihre Angehörigen Vermögen gebildet haben“. Auch die „Union leitender Angestellter“ (ULA) befürchtet eine „Diskriminierung privater Vorsorge“ und einen Angriff auf die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. FDP-Chef Kinkel versicherte den aufgeregten Verbänden, die FDP werde auch künftig alle Steuererhöhungen verhindern.

Bei Einbruch ein Jahr Haft?

Der bayerische Innenminister Beckstein hat auf einer Fachtagung in Berlin am 8./9. April eine drastische Anhebung der Strafen bei Wohnungseinbrüchen gefordert. Bisher beträgt die Mindeststrafe bei Wohnungseinbrüchen drei Monate Haft. Beckstein will diesen Strafraum auf mindestens ein Jahr anheben, das heißt vervierfachen.

Finanzminister zur Währungsunion

Auf einem als „informell“ eingestuftem Treffen haben die EU-Finanzminister am zweiten Aprilwochenende in Versailles über die Vorarbeiten für die EU-Währungsunion beraten. Ein Bericht über die technischen Vorarbeiten der Währungsunion wurde beraten. Er sieht u.a. eine ähnliche Aufteilung in Münzen und Banknoten wie derzeit in der BRD vor. Nach dem Inkrafttreten der Währungsunion, die derzeit für 1999 erwartet wird, soll dann binnen drei Jahren die Einführung der neuen Banknoten und -münzen erfolgen. Waigel betonte nach dem Treffen, keiner der Teilnehmerstaaten habe irgendeine Andeutung gemacht, die Festlegungen zur Währungsunion auf der für 1996 geplanten „Revisionskonferenz“ über die EU-Verträge evtl. noch einmal zu ändern. Damit bliebe der Fahrplan in Kraft – und, was die Hauptsache sein dürfte: Der Druck auf die EU-Mitgliedsstaaten, ihre staatlichen Defizite durch Abbau von Sozialleistungen zu verringern, wird weiter zunehmen.

CDU will neue Wahlkreise

Nachdem ihre Sprecher schon unmittelbar nach der letzten Bundestagswahl mit dem Vorschlag einer Verkleinerung des künftigen Bundestags gekommen waren, hat die Union nun auch eine Überprüfung der Wahlkreise in die Diskussion gebracht. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Hörster, brachte dies am 10. April in einem Zeitungsgespräch auf den Tisch. Die bestehenden Wahlkreise müßten unbedingt der Bevölkerungsentwicklung und den Wanderungsbewegungen angepaßt werden, die Zahl der stimmberechtigten Einwohner je Wahlkreis schwanke zum Teil um mehr als 100.000 Personen. Eine Verkleinerung des Parlaments will Hörster erst zu den über-

nächsten Wahlen, das heißt zum Jahr 2002.

Kanthers neues Dienstrecht

Bundesinnenminister Kanther hat „Eckpunkte“ für eine Reform des öffentlichen Dienstrechts vorgelegt. So will Kanther das Mindestalter für einen vorgezogenen Ruhestand ohne gesundheitliche Gründe von bisher 62 auf künftig 63 Jahre anheben. Für maximal zehn Prozent der Beamten soll es künftig „Leistungsprämien“ geben, während die sogenannte „Grundgehaltstabelle“ stark geändert wird, mit der Folge, daß jüngere Beamte schneller, ältere dagegen erheblich langsamer aufsteigen können. Beides soll die Konkurrenz unter den Beamten stärker schüren. Bis zu fünf Jahre lang sollen Beamte künftig auch gegen ihren Widerstand in andere Positionen abgeordnet werden. Die ÖTV hat Kanthers Pläne als „Reförmchen“ kritisiert und eine erheblich stärkere Einbeziehung der Gewerkschaften in die Reformpläne gefordert. Eine Dienstrechtsreform nach Gutsherrenart werde es mit der ÖTV nicht geben.

Die Plutonium-Geschäfte des BND

Am 20. April will sich die „Parlamentarische Kontrollkommission“ (PKK) des Bundestages mit den Plutonium-Geschäften des Bundesnachrichtendienstes befassen. Nachdem bereits im vergangenen Jahr für die SPD deren Generalsekretär Verheugen gemutmaßte hatte, daß der BND den angeblichen „Plutoniumdeal“ mit russischem Plutonium in Wirklichkeit selbst inszeniert habe, um durch diese Propagandaaktion eine Ausweitung seiner gesetzlichen Kompetenzen auf die Verbrechensbekämpfung im Inland zu erreichen – die dann mit Kanthers „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ auch bewilligt wurde – und sich dieser Verdacht nun durch Berichte des Spiegel erheblich verstärkt hat, ist der BND, aber auch das bayerische Landeskriminalamt und der für die Geheimdienste zuständige Kanzleramtsminister Schmidbauer zunehmend unter Druck. Die „Internationale Atomenergieagentur“ stellte fest, man sehe „keinen nennenswerten Markt für geschmuggeltes Plutonium“. PDS und Grüne wollen einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Die „Ärzte gegen den Atomkrieg“ haben Strafanzeige gegen Schmidbauer, den BND und das LKA Bayern erstattet.

Was kommt demnächst?

Am 26. April berät der Bundestag zum ersten Mal wieder nach seiner langen „Osterpause“. Auf der Tagesordnung steht u.a. eine Beratung über die Ergebnisse des Klimagipfels und den 9. Jahrestag des Atomunfalls in Tschernobyl, über das neue Schengener Abkommen, über verschiedene Bundesrats- und SPD-Gesetzentwürfe zur Änderung des Ausländer- und Asylrechts, über einen Gesetzentwurf der Grünen zur Errichtung einer Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“ und über zwei Gesetzentwürfe der PDS zum 8. Mai als „Tag der Mahnung und Erinnerung an die jüdischen Opfer des Massenmordes...“ und als „Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Faschismus“. Am 28. April berät der Bundestag über den im Bundestag verabschiedeten Bundeshaushalt 1995, erwartet wird, daß der Bundesrat den Haushalt ablehnt und den Vermittlungsausschuß anruft. Am 14. Mai sind Wahlen in NRW und Bremen.



Zusammenlegung der RAF - Gefangenen eingefordert

Erklärung von Beobachtern beim Hogefeld-Prozeß

Die Hamburger Vizepräsidentin von Pax Christi, Gisela Wiese, nimmt zur Zeit zusammen mit Pfarrer Hubertus Janssen, Vorstandsmitglied des Komitees für Grundrechte und Demokratie, und Hanno Heil, Persönlicher Referent des Limburger Bischofs Franz Kamphaus, als Beobachterin am Prozeß gegen Birgit Hogefeld vor dem Frankfurter Oberlandesgericht teil. Die im folgenden dokumentiert gemeinsame Erklärung entnahmen wir den „Hamburger Lokalberichten“.

Laut Zeitungsberichten wollen Justizministerinnen und -minister verschiedener Länder die Zusammenlegung von Mitgliedern der RAF erörtern, die eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen. Schon vor zwei Jahren hat Bischof Franz Kamphaus in einem Interview erklärt, daß es ihm dringlich erscheint, den Inhaftierten aus der RAF zu ermöglichen, über Fragen, die sie beschäftigen, miteinander und mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zu sprechen. Die Feststellung des Bischofs, daß dies ein wichtiger Beitrag zum Inneren Frieden in unserem Lande sei, gilt auch heute noch. Der Terrorismus ist nur zu überwinden, wenn am Ende nicht Sieger und Besiegte stehen, sondern Menschen, die sich gegenseitig in ihrer Würde respektieren und achten. Wir appellieren deshalb an die Justizministerinnen und Justizminister der Länder, die Zusammenlegung von RAF-Gefangenen, die dies wünschen, als einen wichtigen Schritt zu einer humanen Lösung des Terrorismusproblems zu ermöglichen.

Es geht uns nicht darum, für eine bestimmte Gruppe von Inhaftierten Sonderbedingungen zu fordern. Vielmehr möchten wir, daß das, was über Jahre und bis heute durch besondere Haftbedingungen versäumt wurde, endlich ermöglicht wird. Die Aufarbeitung der eigenen Lebensgeschichte und die Entwicklung von Zukunftsperspektiven setzt die Möglichkeit zum Gespräch vor-

aus. Die Zusammenlegung darf deshalb nicht an die Erwartung eines bestimmten Ergebnisses gebunden werden. Wir verbinden mit einer Zusammenlegung jedoch die Hoffnung auf eine emanzipatorische Entwicklung, während die lebenslange Freiheitsstrafe in unseren Augen nur eine institutionalisierte Perspektivlosigkeit ist. Sie wird deshalb von uns abgelehnt. Freiheit zu gewähren, ist immer auch ein Risiko. Im Falle von einzelnen ehemaligen RAF-Aktivisten, die inzwischen langjährige Haftstrafen verbüßt haben, meinen wir, sei es an der Zeit, das „Wagnis der Freiheit“ einzugehen. Weder in der Zusammenlegung noch in der Entlassung von Gefangenen aus der RAF sehen wir derzeit ein nennenswertes Risiko.

Für wesentlich riskanter im Blick auf unseren Rechtsstaat halten wir die unerträgliche Tatsache, daß es bis heute nicht gelungen ist, die Geschehnisse im Verlauf der Festnahme von Birgit Hogefeld in Bad Kleinen, bei denen der Polizeibeamte Newrezella und der wegen Terrorismus gesuchte Wolfgang Grams ums Leben kamen, befriedigend und glaubwürdig aufzuklären. Wo die Wahrheit nicht ans Licht kommt, entstehend Mythen und Vermutungen. Sie können eine gefährliche Dynamik entwickeln. Wenn wir deshalb erneut eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge in Bad Kleinen anmahnen, geht es uns dabei um die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates, um eine Deeskalation zwischen Staat und RAF und nicht zuletzt um die Opfer.

Die Geschichte des Terrorismus in unserem Land ist eine Geschichte von Leid, das nicht vergessen noch verharmlost werden darf. Damit sich diese Geschichte nicht endlos fortsetzt, muß sich der Rechtsstaat dialogbereit und an der Menschenwürde orientiert zeigen. Dialogverweigerung oder Machtdemonstration sind Irrwege.

7. April 1995, gez. Gisela Wiese, Pfarrer Hubertus Janssen, Hanno Heil

Gegen ein Multimedia der Konzerne

IG Medien und US-Opposition gegen eine „Informationsgesellschaft“ der Konzernherrenart

Das Ergebnis des G-7-Treffens Ende Februar in Brüssel waren „Prinzipien für eine Informationsgesellschaft“. An erster Stelle stehen gemeinsame Standards für die technische Verknüpfbarkeit der internationalen Netzwerke und Öffnung der Märkte für die neuen Produkte. Dieser Punkt führte zur heftigsten Auseinandersetzung: Die US-Vertreter forderten freien und ungehinderten Wettbewerb („Öffnet die EG ihren Markt, dann öffnen wir den US-Markt“); die Vertreter der EU-Staaten bestanden zunächst auf Zusätzen wie „faire“ Konkurrenz und ließen sich dann auf „dynamischen Wettbewerb“ ein. Der Kampfplatz der Medienkonzerne ist also abgesteckt. Wenn die G7 von freiem Zugang zu Netzen und Diensten sprechen, geht es um die Konsumenten von neuen (Welt-)Märkten und die Zugangsrechte der kommerziellen Anbieter. Einvernehmlich verabschiedete das G-7-Treffen die Prinzipien: Garantie der Datensicherheit, der Privatsphäre und von Urheberrechten. Das solle den Bürger vor Mißbrauch und Fehlentwicklungen des rasant zunehmenden weltweiten elektronischen Datenaustauschs schützen; aber schließlich lassen sich ohne diese Grundsätze keine geordneten Geschäfte abwickeln.

Die Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft der Konzerne schafft die Bundesregierung durch die Deregulierung des Kommunikationsmarktes. Auf der CeBIT '95 in Hannover wies Wirtschaftsminister Rexrodt auf „das Fallen der letzten Telekom-Monopole“ Anfang 1998 hin und forderte „eine Multimedia-Schneise im Rundfunkrecht“. Bei der Neufassung des Rundfunkstaatsvertrags sollen die Länder den Weg öffnen für den Zugang der Privatanbieter zu den bisher öffentlichen Netzen.

Auf dem Gegengipfel in Brüssel kritisierte Frieder Wolf, Europaabgeordneter der Grünen: „Hier wird der Weg frei gemacht für die Entwicklung großer Monopole.“ Aidan White, Generalsekretär des Internationalen Journalistenverbandes: „Diese Debatte wird leider von den wirtschaftlichen Interessen der Großindustrie beherrscht.“ Für die Menschenrechtsgruppe Human Rights Watch stellte Ann Beeson fest: „Wir haben Sorge, daß man uns den Zugang zu den Gesprächen über den Informations-Superhighway verwehrt.“ Erika Mann, SPD-Europaabgeordnete, wies auf das „Fehlen der lebendigen und kreativen Vielfalt der kleinen Gruppen von Netznutzern“ hin.

Einen konkreten Vorschlag zum Datenschutz von Verbrauchern in den Multimedia-Netzen machten auf ihrer 49. Konferenz die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder am 9./10.3.1995: „Sie mißtrauen der unkritischen Euphorie für ‚Multimedia‘; die Persönlichkeitsrechte der Millionen von Nutzern dürften dabei nicht kommerziellen Interessen geopfert werden. Für die neuen interaktiven Dienste wie Teleshopping und Pay-TV müßten anonyme Zugriffs- und Zahlverfahren wie etwa die vorausbezahlte Karte angeboten werden. Wo aber der Kunde aufgrund der eingesetzten Technik unvermeidlich eine ‚Datenspur‘ hinterlasse, müsse durch bundesweit einheitliche Regelungen die Herstellung von Benutzerprofilen untersagt werden.“

Die reaktionär-konservative Mehrheit im US-Kongreß macht derzeit Druck, um die Reglementierung und Überwachung der Mailbox-Systeme

durchzusetzen. Darüber denkt auch Innenminister Kanther laut nach. Die Systemoperatoren, die die Netzwerke betreiben, sollen zur Zusammenarbeit mit Polizei und Geheimdiensten verpflichtet werden. — (ulk)

IG Medien: Zugangskriterien sind ein wesentliches Element

Begleitend zum G-7-Treffen über die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien hielt der Wirtschafts- und Sozialausschuß des Europäischen Parlaments in Brüssel eine Tagung ab. Wir zitieren aus der Rede von Peter Völker, beim Hauptvorstand der IG Medien verantwortlich für Rundfunk und Fernsehen:

„1. Beschäftigung

Sie alle kennen die durchweg optimistischen Prognosen über neue Märkte und Arbeitsplätze in Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft ... Nach unserer Auffassung wird hier deutlich übertrieben. Wir alle wissen, daß in den neuen Kommunikations- und Informationstechniken auch ein gigantisches Rationalisierungspotential für die gesamte Wirtschaft und den öffentlichen Dienst schlummert. Multimedia wird ... die Arbeitsabläufe revolutionieren und die Produktivität steigern — mit allen negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung ... Hinzu kommt, daß die neuen Techniken eine problemlose Auslagerung von heute sozial geschützten Medienproduktionsbereichen auf freie Beschäftigung ermöglichen. Während die Stammbeschäftigten im Medienbereich schrumpfen, wächst das Feld der kleinen Produktionsteams und freien Mitarbeiter — bei voller Übertragung des Investitionsrisikos, versteht sich ... Auch ungeschützte Telearbeit nimmt zu. (Völker fordert grenzüberschreitende Tarif- und Mitbestimmungsrechte auch für „Freie“.)

2. **Arbeits- und Gesundheitsschutz.** (Völker weist auf die notwendige Umsetzung der EU-Bildschirmrichtlinie in Deutschland hin.)

3. **Qualifizierung der Beschäftigten.** ... Der Berufsbildwandel und die Förderung der damit zusammenhängenden Qualifizierung der Beschäftigten sollte deshalb als ein Schwerpunkt der europäischen Sozialpolitik erkannt werden ...

(Zu medienspezifischen und demokratischen Aspekten führte Völker aus:)

1. **Zugangskriterien/Grundversorgung.** Multimediale Produkte und Dienstleistungen sind auf Interaktivität ausgelegt. Sie bieten somit eine völlig neue Chance der demokratischen Beteiligung, sofern einige Bedingungen erfüllt werden, die nicht nur von kommerziellen Interessen gelenkt werden. Ein wesentliches Element spielen hier die Zugangskriterien ... Auf der Seite der potentiellen Nutzer gilt es deshalb nach unserer Überzeugung ..., ein Recht auf informationelle Grundpartizipation an den neuen Diensten auf europäischer

Ebene zu verankern. Auch den nicht-kommerziellen Zugang von Anbietern, beispielsweise von Individuen, Bürgerinitiativen sowie sozialen Gruppen und Organisationen zu den Multimediasystemen gilt es gesetzlich zu regeln. Ein weiteres Ziel muß es sein, die öffentlichen Rundfunksysteme in Europa abzusichern ...

2. Ökonomische Macht und Meinungsmacht.

Noch einmal: Die fieberhaften Aktivitäten von Politik und Wirtschaft zum Aufbau der Informationsgesellschaft setzen ausschließlich auf Markt und Kommerz. Die bereits zitierte demokratische und kulturelle Funktion von Multimedia darf aber nicht nur wirtschaftlichen Interessen überlassen werden. Zu groß ist sonst die Gefahr, daß ökonomische Macht mißbräuchlich politische Macht ergreift. Seit Berlusconi und Kirch, um nur zwei zu nennen, wissen wir alle, was das heißt ... (Völker fordert europäische mediendemokratische Spielregeln.) Dazu gehören vor allem eine absolute

Transparenz der Beteiligungsverhältnisse im meinungsbildenden Sektor und klare Antikonzentrationen für horizontale und vertikale Unternehmensverbindungen ...

Machtmißbrauch findet aber nicht nur nach außen statt. Die Instrumentalisierung der Medienschaffenden im In-

nenleben der Medienunternehmen, insbesondere der Journalistinnen und Journalisten für politische Zwecke, muß als ernsthafte Gefahr erkannt werden. Unabhängig von diesem offenen Machtmißbrauch findet in den Medienunternehmen seit Jahren eine stille Unterwerfung publizistischer Werte unter die ökonomischen Ziele der Unternehmen statt ... Deshalb muß die innere Rundfunk- und Pressefreiheit durch eine Stärkung der Rechte der Medienschaffenden ausgebaut werden ...

3. Urheberrechte.

... Die Digitaltechnik ermöglicht nicht nur schnelle, ungeahnte Manipulationsmöglichkeiten am Produkt, sondern erschließt auch völlig neue Verbreitungswege. Um die Urheberpersönlichkeits- und Verwertungsrechte der Medienschaffenden sowie der Künstlerinnen und Künstler zu schützen, bedarf es einer Novellierung ... Dies könnte durch Urheber-Codierungsregeln erfolgen.

Fazit.

Die Diskussionen und Aktivitäten um die Informationsgesellschaft spielen sich nach meiner Auffassung im Spannungsfeld zwischen Technik, Arbeit, Markt, Demokratie und Ethik ab. Dies löst eine riesige Gestaltungsaufgabe für alle Beteiligten aus ... Die IG Medien bitten Sie (die EU-Parlamentarier, d. Verf.) deshalb, die Einrichtung einer ständigen „Europäischen Multimedia-Enquetekommission zu prüfen“ ...

USA: Garantien für freie Meinungsäußerung gefordert

In den USA bilden 170 Organisationen einen runden Tisch (Telecommunica-

tions Policy Roundtable) zur „Datenautobahn“ (National Information Infrastructure NII). Zur Clinton/Gore-Initiative für die Errichtung des „Information Highways“ veröffentlichte der runde Tisch „Sieben Prinzipien des öffentlichen Interesses“, die von 97 Organisationen unterschrieben sind:

„1. Universeller Zugang

Alle Menschen müssen erschwinglichen Zugang zur NII haben.

Eine Grundlage des Lebens, der Freiheit und des Strebens nach Glück im Informationszeitalter ist der Zugang zu Video- und Audio-Diensten und zu Datennetzen ... Diese Dienste müssen in einer verbraucherfreundlichen Form angeboten werden und für jeden, einschließlich Behinderter, zur Verfügung stehen. Informationen, die für eine umfassende Teilnahme an einer demokratischen Gesellschaft wesentlich sind, müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

2. Freiheit der Kommunikation

Die NII soll alle Menschen in die Lage versetzen, ihr Grundrecht auf Kommunikation wirksam auszuüben.

Die Freiheit der Meinungsäußerung soll durch die neue Informationsstruktur geschützt und gefördert werden und jedem Menschen das Recht auf einfache, erschwingliche und effektive Kommunikation garantieren. Die Infrastruktur muß so beschaffen sein, daß sie jedem eine Zweiweg-Sprach- und Bild-Kommunikation mit jeder Person, jeder Gruppe oder jedem Netz ermöglicht ...

3. Der öffentliche Bereich

Der öffentliche und staatsbürgerliche Bereich muß im Zentrum der NII stehen.

Voraussetzung für eine blühende Demokratie im 21. Jahrhundert ist ein lebendiger Sektor, der die Partizipation aller Teile unserer pluralistischen Gesellschaft ermöglicht. Ebenso wie wir öffentliche Bibliotheken und öffentliche Autobahnen errichtet haben, müssen wir öffentliche Arenen oder elektronischen öffentlichen Grund in der Medienlandschaft schaffen ...

4. **Marktplatz für Vielfalt und Wettbewerb.** Die NII muß den Wettbewerb zwischen Ideen und Informationsangeboten sichern.

Die NII muß einen gesunden Austausch von Ideen fördern, wobei eine Vielzahl von Standpunkten geäußert wird und lebhaft Debatten angeregt werden. Einzelpersonen, gemeinnützige Institutionen und kommerzielle Informationsdienstleister benötigen einen einfachen Zugang zu diesem Marktplatz, damit er florieren kann ... Telekommunikationsnetzbetreiber dürfen die Programmgestaltung nicht kontrollieren. Maßnahmen gegen Kartellbildungen müssen strikt durchgesetzt werden ...

5. Gleichberechtigung am Arbeitsplatz

Neue Technologien sollen die Qualität der Arbeit verbessern und die Gleichberechtigung am Arbeitsplatz fördern.

6. Schutz der Privatsphäre

Die Privatsphäre muß sorgfältig geschützt und erweitert werden.

7. Demokratisches Handeln

Die Öffentlichkeit muß an den für die NII ergriffenen Maßnahmen umfassend beteiligt werden.“

Kompletter Text über:

Emily Littleton,
Center for Media Education,
1511 K St., Ste. 518,
Washington, DC 20005, USA
Telefon: 001/202/628/2620.
E-Mail: cme@access.digex.net



Um die Mitte des Jahres 1994 war in deutschen Ländern die mediale Aufregung groß um Finsterlinge, die vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion Plutonium über deutsche Grenzen und Flughäfen schmuggelten — den Stoff, aus dem man Atomwaffen herstellt, und der gleichzeitig so ultragiftig und für Menschen tödlich ist, daß er seine Benennung nach dem griechischen Gott der Unterwelt verdient zu haben scheint. Weniger groß freilich ist die Aufregung um jenes nicht minder gefährliche Plutonium, das jeden Tag in deutschen Atomkraftwerken beim Abbrennen der Kernbrennstäbe entsteht — dies ist schließlich Bestandteil der „Normalität“ in diesem Land. (Anm.: Die Kernbrennstäbe enthalten normalerweise spaltbares Uran 235, das in hoher Konzentration selbst auch Rohstoff für Atomwaffen sein kann, sowie Uran 238, das im Atomkraftwerk nicht „verbrannt“ wird, aber aus dem durch Beschuss mit — bei der Kernspaltung freierwerdenden — Neutronen im Atomkraftwerk Plutonium 239 entsteht.) Am 10. August 1994 gelang dem deutschen Geheimdienst Bundesnachrichtendienst (BND) ein großer Coup: auf dem Flughafen München wurde, aus Moskau kommend, ein Mann mit 363,4 Gramm Plutonium verhaftet. (Circa vier bis fünf Kilogramm sind normalerweise zum Bau einer A-Bombe erforderlich, durch moderne Waffentechnik und bei hoher Qualität kann diese Menge jedoch angeblich bis auf ein Zehntel gesenkt werden.) Die Spekulationen blühten auf allen Kanälen der Medien: War dieses Plutonium für die Mullahs im Iran bestimmt? Oder für den „Irren in Bagdad“? Bernd Schmidbauer, Koordinator der Geheimdienste im Bundeskanzleramt, feierte seinen Triumph. Einige Seltsamkeiten fielen damals auf, wurden jedoch in den die Sensation zerreißen Medien nicht ausgesprochen: warum tauchten die Plutonium, funde“ damals ausschließlich in Deutschland und in keinem anderen Land auf? Wenn der Atomwaffen-Rohstoff für „Dritte Welt“-Diktaturen wie Iran oder Irak bestimmt war: warum ging der Schmuggel dann nicht aus den Atomarsenalen der ehemaligen Sowjetunion direkt in diese Länder, etwa durch die südlichen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, wo die Kontrollen weniger intensiv sein dürften als in deutschen Metropolen? Fragen über Fragen.

SPD-Geschäftsführer Günter Verheugen und SPD-Chef Rudolf Scharping äußerten bereits im August 1994 öffentlich, der BND habe die Plutonium-Affäre künstlich inszeniert.

Mit dem Erscheinen des Hamburger Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* vom 10. April 1995 platze in dieser Hinsicht eine Bombe, glücklicherweise nur im übertragenen Sinne. Anhand von Dokumenten, die durch die Staatsanwaltschaft München inzwischen als „weitgehend authentisch“ bezeichnet wurden, weist das Wochenmagazin die Inszenierung durch den BND nach. Demnach wedelten Beauftragte des BND in der kriminellen Szene in Madrid so lange mit Riesenmengen an Geld, bis sich schließlich jemand bereit fand, in Moskau über mafiose Kanäle in der brachliegenden Atom- und Militärindustrie der ehemaligen UdSSR Plutonium aufzukaufen. 276 Millionen Mark sind demnach vom BND dafür bezahlt worden. Der bundesdeutsche Geheimdienst hat also demzufolge den Anreiz überhaupt erst geschaffen, Plutonium von Rußland nach München zu schaffen — „künstliche Marktbeschaffung“ nannte die Innenministerkonferenz zum Thema „Nuklearkriminalität“ so etwas. Durch die Konflikte zwischen dem BND und dem Bundeskriminalamt (BKA), welches vor solcher Skrupellosigkeit warnte, sowie zwischen Abteilungen

des BND scheint die ganze Sache ans Licht gekommen zu sein.

Mehrere Dinge fallen bei der Affäre ins Auge:

1. Der bundesdeutsche Geheimdienstapparat schreckte nicht davor zurück, durch den — von ihm inszenierten — Transport von über 300 Kilogramm Plutonium in einem Koffer an Bord einer Lufthansa-Maschine eine unkalkulierbare Gefährdung nicht nur für deren Insassen, sondern im Fall eines Absturzes für eine nicht berechenbare Anzahl von Menschen in Kauf zu nehmen. Normalerweise wird mit Plutonium in Atomanlagen nur von Personen mit speziellen Ganzkörper-Schutzanzügen hantiert.

2. Entweder war der Geheimdienst-Koordinator im Bundeskanzleramt, Bernd Schmidbauer, über die ganze Sache informiert — dann sind die Öffentlichkeit und die Medien von der Spitze des bundesdeutschen Staatsapparats in einer hochbrisanten Angelegenheit monatelang belogen worden. Oder

Neuverhandlung des Atomwaffen-sperrvertrags (Non Proliferation Treaty / NPT) — am Ostermontag beginnt in New York eine vierwöchige Überprüfungskonferenz — sollte den Anlaß bieten, unter dem Aspekt der Beobachtung solchen Atomwaffen-Drangs einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte dieses Vertragswerks zu werfen. Denn heute erinnert sich kaum noch jemand daran, in welchem Ausmaß in den 60er Jahren gerade die bundesdeutsche Politik im Streben nach einem eigenen Finger am atomaren Drücker den Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen mit Störfeuer belegte. 1965 drohte der damalige CDU-Außenminister Schröder damit, die BRD müsse nun an den Erwerb eigener Atomwaffen denken, nachdem das Projekt einer nuklear bewaffneten Multinationalen Flotte der NATO (mit BRD-Beteiligung) gescheitert war.

Das Projekt eines Vertrages zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen kam in der zweiten Hälfte der 60er

schließlich einigte man sich auf 25 Jahre Geltungsdauer (1970-1995), so daß dieses Jahr neu über die künftige Gültigkeit des NPT verhandelt werden muß.

Die BRD spricht sich zwar heute, wie alle EU- und NATO-Mitglieder, für die Fortsetzung des Vertrages aus; etwas anderes könnte sich Bonn derzeit wohl kaum leisten, während man einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat und einen anerkannten Platz als neue Großmacht anstrebt und während die Widersprüche innerhalb des vormaligen westlichen Blocks, anders als seinerzeit in der Ära des Kalten Krieges, immer mehr zunehmen.

Die Nord-Süd-Widersprüche und das Gefühl vieler „Dritte Welt“-Regime, durch das Verbot der Weiterverbreitung von Atomwaffen diskriminiert zu werden, während Mächte wie die USA statt atomarer Abrüstung die Umrüstung auf künftige Kriege in der „Dritten Welt“ wie gegen den Irak (gegebenfalls auch mit miniaturisierten Atomwaffen) betreiben, könnten indes die Verlängerung des NPT bereits gefährden. Von 176 Unterzeichnerstaaten des NPT haben sich bisher nur 75 für eine unbefristete Verlängerung ausgesprochen, die Mehrheit der Länder Asiens und Afrikas indes dagegen.

Viele der atomaren „Schwellenmächte“ der Dritten Welt, wie etwa Brasilien, Argentinien, Südafrika und Pakistan, verdanken ihre erworbene Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen maßgeblich der BRD; im Fall Brasilien spielte sich 1975/76 ein massiver Konflikt zwischen Washington und Bonn ab, da die USA die Weitergabe militärisch relevanter Atomtechnologie durch Westdeutschland an Brasilien verhindern wollten. Das dann doch abgeschlossene enorme Atomgeschäft BRD/Brasilien wurde 1989 verlängert, nachdem brasilianische Physiker die Fähigkeit ihres Landes zum Bau von Atomwaffen behaupteten. In den 90er Jahren gab die Regierung des neuen Präsidenten de Mello die Vorbereitungen ihrer Vorgänger auf atomare Bewaffnung zu, genau wie Präsident de Klerk in Südafrika dies 1993 für das Ende gehende Apartheid-Regime tat.

Die atomare Aufrüstung solcher „Schwellenländer“ durch die BRD verletzte auch Interessen der USA — durchaus bewußt, war es doch Interesse der USA, das Monopol der derzeitigen Atomwaffen zu konservieren, während die BRD auf Unterlaufen dieses Monopols aus ist. In einigen Diktaturen der „Dritten Welt“ mag diese Position den Bundesdeutschen auch eindeutige Handelsvorteile verschafft haben, nicht zuletzt vor dem letzten Golfkrieg in Bagdad (hier ging es eher um B- und C-Waffen).

Erleichterungen beim Export atomarer Technologie zählten übrigens ebenso zu den durch die BRD erreichten Zugeständnissen beim Aushandeln des NPT Ende der 60er Jahre wie die ausdrückliche Möglichkeit, sich an einer eventuellen künftigen europäischen Atomwaffenmacht gemeinsam mit Franzosen und Briten zu beteiligen. Mit diesen Zugeständnissen, namentlich der „europäischen Option“, begründeten die Redner der SPD und F.D.P. Anfang der 70er Jahre im Bundestag ihre Zustimmung zur Unterzeichnung des NPT. Rund 90 Abgeordnete der Konservativen stimmten dennoch gegen die bundesdeutsche Unterschrift unter den Atomwaffen-sperrvertrag, darunter später äußerst einflußreiche Köpfe wie Alfred Dregger (heute Ehrenchef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) und Manfred Wörner (später Verteidigungsminister und NATO-Generalsekretär).

(Auf Seite 15: Eine weitere Stellungnahme zum selben Thema von Bündnis 90/Die Grünen)

Der deutsche Drang zur Atomwaffe

Von **Bernard Schmid**



April 1995: Protestaktion in Hamburg gegen Fregattenexport in die Türkei

Schmidbauer war, wie er jetzt beteuert, tatsächlich nicht informiert — dann kann der Apparat hierzulande eine geheime Politik betreiben, die sich der offiziellen politischen Kontrolle entzieht, was für sich genommen bereits ein Politikum wäre.

Erstere Möglichkeit erscheint indes wahrscheinlicher; Schmidbauer hat es indes vorgezogen, just in diesem Moment in Urlaub zu fahren. Diplomatisch steht sowohl mit Rußland, das durch den aufgedeckten Verkauf des Plutoniums aus seinen Anlagen internationale Kritik auf sich zog, als auch mit Spanien, auf dessen Boden die Angelegenheit eingefädelt wurde, Krach ins Haus.

Der Aspekt der „Arbeitsbeschaffung“ für Geheimdienste nach dem Ende des Kalten Krieges, der jetzt in den „kritischen“ Medien vorrangig diskutiert wird, scheint mir freilich zu kurz gegriffen. Erinnert man sich an die Situation im August 1994, so hat der bundesdeutsche Staat die Affäre damals mit der Forderung begleitet, wegen erwiesener Unsicherheit der atomaren Potentiale der ehemaligen Sowjetunion seien diese unter internationale Kontrolle zu stellen — woran man sich zu beteiligen gedenke. Diskutiert werden mußte also dringend der in diesem Kontext einmal mehr manifestierte bundesdeutsche Drang, an Mitverfügungsgewalt über Atomwaffen und militärisch relevante Atomindustrien in irgendeiner Form zu kommen.

Die in diesem Jahr 1995 anstehende

Jahre auf als gemeinsames amerikanisch-sowjetisches Werk mit dem Ziel, keine weiteren Atomwaffenmächte zuzulassen; dies richtete sich bewußt auch gegen Westdeutschland, das Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre unter Franz Josef Strauß (erst Atom-, dann Verteidigungsminister) eindeutige Ambitionen in dieser Richtung an den Tag legte. (Eine in die Wege geleitete Zusammenarbeit mit Frankreich zwecks atomarer Bewaffnung scheiterte daran, daß de Gaulle in Paris an die Macht kam und die französische A-Bombe lieber allein entwickelte.)

Die bundesdeutsche Politik wettete darum gegen das zur Verhandlung stehende Vertragswerk, von dem behauptet wurde, es werde mittelfristig zur industriellen Unterentwicklung Westdeutschlands führen; führende westdeutsche Politiker sprachen von einem „Morgenthauplan im Quadrat“ (Konrad Adenauer), einem „neuen Versailles, und zwar (einem) von kosmischen Ausmaßen“ (F.-J. Strauß). Unter erheblichem Druck seitens ihrer Verbündeten setzte sich die BRD schließlich mit an den Verhandlungstisch, erreichte aber erhebliche Zugeständnisse, welche die Wirksamkeit des Vertrages deutlich unterhöhlen. So forderte der damalige bundesdeutsche Außenminister (und spätere Friedensnobelpreisträger) Willy Brandt eine befristete Dauer der Vertragswirkung, die ursprünglich ohne Begrenzung vorgesehen war, und schlug provokativ fünf Jahre vor;

Demokratie Gleichheit Sozialisierung

Helga Humbach über den 9. Parteitag der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP)

„Sozialismus ist die Zukunft — beginnen wir heute mit seinem Aufbau!“ klingt in Europa 1995 zumindest etwas weltfremd. Nicht so in Südafrika. Genau diese Losung stand gemeinsam mit der Aufforderung: „Den demokratischen Durchbruch fördern, vertiefen und verteidigen“ als Motto über dem 9. Parteitag der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, der vom 6. bis 8. April in Johannesburg stattfand.

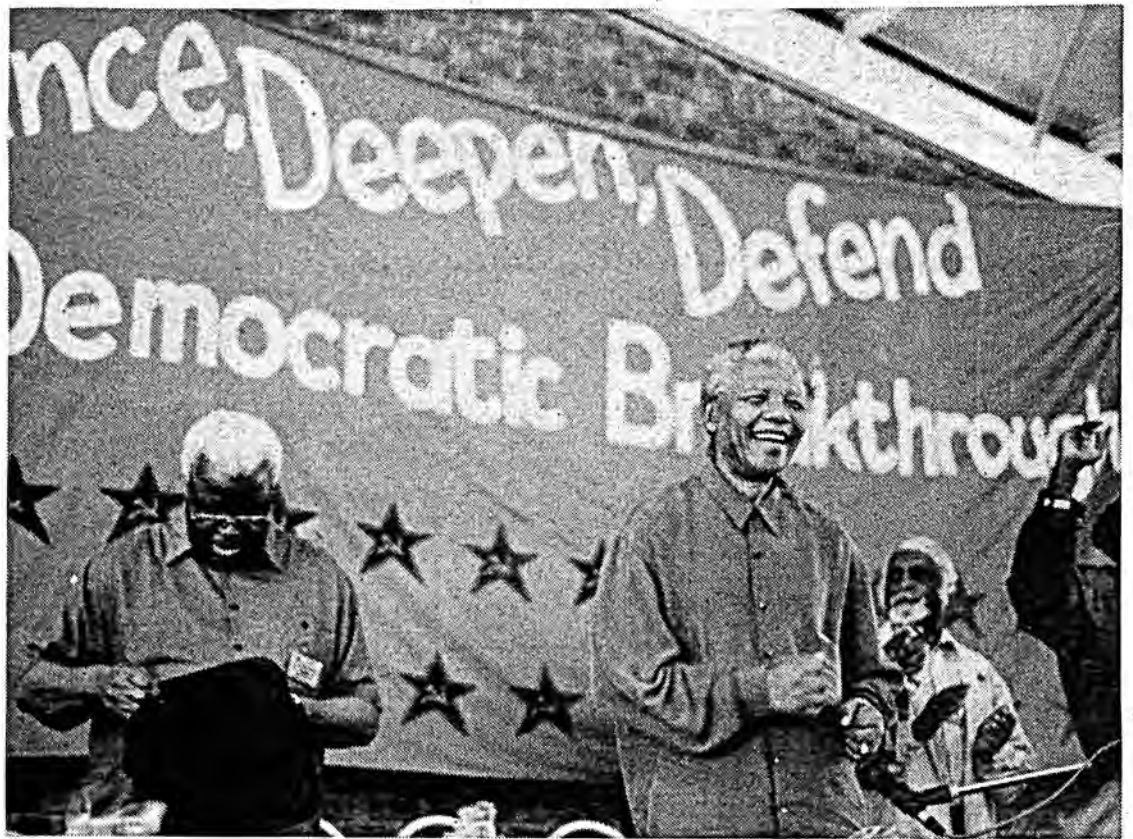


Foto: Helga Humbach

Den 532 anwesenden von 600 gewählten Delegierten — die Region Nord-Transvaal ertönte Pfiffe bei der Mitteilung der Mandatskommission, daß nur 48 ihrer 81 Delegierten angereist waren, alle anderen Regionen waren so gut wie vollständig — ging es um eine Standortbestimmung der Partei in der Drei-Parteien-Allianz der Regierung und um ihr Selbstverständnis als kommunistische Partei.

Im Juli 1990 wurde nach 40 Jahren Illegalität das Verbot der SACP aufgehoben. Damals hatte die Partei gerade noch 2000 Mitglieder, viele davon noch im Exil oder gerade erst zurückgekehrt. Bis zum 8. Parteitag im Dezember 1991, dem ersten legalen auf afrikanischem Boden, verzehnfachte sich die Mitgliederzahl auf 25000. Heute zählt die SACP mehr als 75000 Mitglieder. Diese gewachsene Stärke bringt natürlich eine Reihe organisatorischer, aber auch ideologischer Probleme mit sich, die auf dem Kongreß ausführlich diskutiert wurden. So soll mehr Wert auf die Diskussion politischer Inhalte von Parteifunktionen gelegt werden, die Führungstätigkeit muß verbessert und die politische Bildung der Mitglieder verstärkt werden. Ein weiteres Problem — das mit einer Reihe von Statutenänderungen bewußt gemacht und gelöst werden soll — ist die stärkere Förderung der Frauen innerhalb der Organisation. Traditionelle patriarchalische Strukturen, vor allem auf dem Lande, die besondere Belastung der Frauen durch ihre Rolle im Haus — auch wenn sie Alleinverdienenden sind — und die selbst gegenüber der allgemein schlechten Bildungssituation schwarzer Südafrikaner noch minderwertigere Ausbildung der Mädchen und Frauen behindern ihre politische Aktivität. So ist es trotz des großen Engagements einzelner Frauen in Frauenorganisationen nicht gelungen, mehr als drei Frauen in das oberste Führungsgremium der Partei zu bekommen. Das ist sogar noch eine weniger als im letzten Zentralkomitee, beklagte der wiedergewählte Generalsekretär Charles Nqakula in seinem Schlußwort. Daß diese Unterzahl nichts mit einer Mißachtung von Frauen in der Partei zu tun hat, bewies die Wahl von Thenjwe Mtintso, die mit der höchsten Stimmenzahl (502 von 529) in das Zentralkomitee kam.

Im Rechenschaftsbericht und in den

Diskussionen wurde festgehalten, daß sich die Entwicklung der SACP als kommunistischer Partei nicht im luftleeren Raum vollzieht, sondern im konkreten Fortgang der Entwicklung einer nationalen Demokratie in einem kapitalistischen Umfeld — mit dem Erbe von jahrhundertlangem Kolonialismus jahrzehntelanger weißer Minderheitsregierung. Einem starken Kapitalismus steht eine für Afrika einmalige Arbeiterklasse mit einer langen Erfahrung in Klassenauseinandersetzungen gegenüber. „All diese Faktoren zusammen“, so heißt es im Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs, „unterstreichen die Notwendigkeit (und Möglichkeit) der gleichzeitigen Organisierung einer breiten nationalen Befreiungsbewegung und einer klassenbewußten sozialistischen Arbeiterpartei, die mit der fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung zusammenarbeiten“. Aktivitäten und Ziele der Partei müßten stets dieses Bündnis im Auge haben. Eigenes Profil könne und dürfe nicht auf Kosten des Bündnisses entwickelt werden. „Eine starke Partei stärkt das Bündnis, und ein starkes Bündnis stärkt unsere Partei“. Gerade diese Verankerung in echten Massenbewegungen wird als der Hauptgrund dafür angesehen, daß die Partei den Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismusmodells gestärkt überleben konnte. Auch künftig, so heißt es weiter im Bericht, werde die SACP ihre wichtige Rolle im Bündnis spielen — auch als kritische Begleiterin des Wandlungsprozesses im Lande.

In seiner sehr herzlichen Begrüßungsrede auf dem Kongreß unterstrich auch Präsident Nelson Mandela die weiterhin enge Verbindung von ANC und SACP. Diese beruhe nicht nur auf Gefühlen, die im gemeinsamen Kampf gegen die Apartheid gewachsen seien oder auf einem Demokratieverständnis, das allen Parteien freie Betätigungsmöglichkeiten zugestehen. Vielmehr habe es sich der ANC zur Aufgabe gemacht, für alle SüdafrikanerInnen, insbesondere für die armen, ein besseres Leben zu erringen. „Dabei“, so Mandela, „können wir nur von dem Bündnis mit und dem kritischen Engagement von Organisationen profitieren, die dieses Ziel ebenfalls auf der Tagesordnung haben. Die SACP ist solch eine herausragende Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse und der Armen!“

Im Mittelpunkt der Diskussionen des Parteitags stand der Entwurf eines „Dokuments zur Strategie und Taktik“. Es soll die Marschrichtung der Partei für die nächste Zeit bestimmen. In drei Abschnitten befaßt sich das Papier mit „Südafrika und die neue globale Lage“, „Förderung, Vertiefung und Verteidigung des demokratischen Durchbruchs“ und schließlich „Sozialismus ist die Zukunft, fangen wir an, ihn heute aufzubauen“.

Zum ersten Abschnitt wurde vor allem festgestellt, daß der „Wandel“ in der internationalen kapitalistischen Wirtschaft sich vor allem als anhaltende Krise darstellt und die neue „Weltordnung“ als neue „Unordnung“ Platz gegriffen hat, jedenfalls was die Armen der Welt angeht. Hier ging es um eine Standortbestimmung der eigenen südafrikanischen „Nationalen Demokratischen Revolution“ in diesem neuen Weltkonzept. Wenn das „Programm für Wiederaufbau und Entwicklung (RDP)“ mehr als ein idealistischer, aber unrealisierbarer Entwurf für eine bessere Welt werden soll, müsse — so der Tenor der Diskussion — ein Weg gefunden werden, es unabhängig umzusetzen. Dies erfordert eine Gratwanderung zwischen der Notwendigkeit, ausländisches Kapital und Investoren nach Südafrika hineinzuziehen und das Inlandskapital an der Flucht ins Ausland zu hindern einerseits und der strikten Beibehaltung der Ziele und Versprechen des „Programms für Wiederaufbau und Entwicklung“ im Interesse des südafrikanischen Volkes andererseits. Dabei geht es insbesondere um eine rasche und konsequente Umverteilungspolitik zur Entwicklung nicht nur der wirtschaftlichen, sondern vor allem auch der menschlichen Ressourcen.

Dieses „RDP“ mit seiner Umverteilungspolitik unter gleichzeitiger weitgehender Mitbestimmung aller betroffenen Menschen, Gemeinden, Industrien ist für die SACP Dreh- und Angelpunkt des Kampfes um die Grundlagen für einen künftigen Sozialismus. Die Sozialismusdefinition der SACP hat drei Komponenten: „Demokratie“, „Gleichheit“ und „Sozialisierung“. Dabei bedeutet „Demokratie“ zunächst die endgültige Erreichung wenigstens der „bürgerlichen“ Freiheiten, um die die Freiheitsbewegung lange gerungen hat. „Gleichheit“ bedeutet neben per-

sönlicher Freiheit auch eine Überwindung der im Kapitalismus herrschenden Unterschiede bei Einkommen, Reichtum, Machtverteilung und Chancengleichheit. Und „Sozialisierung“ der Wirtschaft bedeutet der SACP heute mehr als nur Verstaatlichung plus Planwirtschaft. Es bedeutet vielmehr, die Arbeiterklasse in den Stand zu setzen, in ihrem Einflußgebiet sach- und fachkundige Kontrolle auszuüben. In den Kommunen müssen die Menschen befähigt werden, Beschlüsse und Maßnahmen zu durchschauen und nicht nur formal darüber abzustimmen.

In der Debatte ging es auch darum, wie der heutige Kampf um die Umsetzung des RDP in den Kommunen und in der Wirtschaft als „Lehre“ für eine Weiterentwicklung im Sinne des Ziels Sozialismus konkret aussehen kann und muß.

Eine Reihe von Änderungsanträgen konnten dank der großen Disziplin der Delegierten bereits verabschiedet und eingearbeitet werden, andere — so auch Anträge zur Finanzpolitik und zu Frauen — wurden noch einmal an die Kommission zurückverwiesen.

In seinem Schlußwort erklärte der alte und neue Generalsekretär unter dem Beifall der Delegierten: „Wir haben ein großes Stück Arbeit geleistet — ein größeres bleibt uns zu tun! Packen wir's an!“

Dieser Einschätzung konnten sich auch die ca. 70 internationalen Gäste nur anschließen. Für uns alle war es ein einmaliges und packendes Erlebnis, die Diskussionsfreudigkeit, die Disziplin und Ernsthaftigkeit der meist jungen Delegierten auch in kontroversen Debatten zu sehen. Und es war bewegend, nach einem Ausflug in eine der Barackensiedlungen in Soweto, dem 5-Millionen-Ghetto neben der 8-Millionen-Stadt Johannesburg, die Begeisterung zu erleben, mit der die Delegierten eine Unterstützungskampagne für das sozialistische Kuba beschlossen und die sofortige Aufhebung der US-Blockade gegen die Inselrepublik forderten. Und schon lange klang die „Internationale“ nicht mehr so siegesgewiß und gleichzeitig so selbstverständlich wie in Johannesburg.

Helga Humbach war Vertreterin der DKP beim 9. SACP-Parteitag im April in Johannesburg.

Süd-Kurdistan nach der türkischen Invasion

Generalstabschef der Türkei: „Morast wie in Vietnam“. Von Rudolf Bürgel

Die folgende Bewertung von Ablauf und Ergebnissen der Invasion der türkischen Armee in Südkurdistan und zur Lage in Nordkurdistan basiert insbesondere auf einem ausführlichen Gespräch mit dem Abgeordneten des Exilparlaments Achmed. Weitere Informationen kamen von der Nachrichtenagentur Kurd-A.

Das militärische Scheitern der türkischen Invasion in Südkurdistan wird drei Wochen nach dem Einmarsch immer deutlicher. Am 17. April erklärte der türkische Generalstab, daß sie sich aus Südkurdistan zurückziehen müßten, „um kein neues Vietnam zu erleben“. (Südwestfunk, 17. 4.) Ministerpräsidentin Çiller sprach von einem Abzug der Truppen im Mai. Das Ziel der Invasion, die türkische Kontrolle über Südkurdistan mit Blickrichtung auf das Öl von Kirkuk und Mossul zu errichten, ist militärisch kaum durchzusetzen und gerät international unter stärkeren Druck. Hatte die türkische Regierung für die Invasion erst die Zustimmung der Nato-Staaten erhalten, gehen diese immer mehr auf Distanz. So rechtfertigten die westlichen Staaten die Invasion erst als „berechtigtes Interesse der Türkei zur Vernichtung der PKK“.

Durch die Invasion wird die schwere ökonomische, soziale und politische Krise der Türkei verschärft: Jeder Tag der Invasion kostet 50 Millionen DM, jeder Monat 1,5 Milliarden. Zu der inneren Krise kommt nun die außenpolitische. Die westlichen Staaten wollen ihren Bündnispartner Türkei nicht verlieren. Zeitungen wie das Handelsblatt (17.3.) schreiben, eine ganze Bevölkerung befinde sich in Kurdistan im Aufstand. Besonders Deutschland und die USA brauchen die Türkei. Auch hier werden die Stimmen, die eine politische Lösung des Konflikts Türkei-Kurdistan fordern, immer lauter.

Das ARGK-Oberkommando erklärte, künftig jede koloniale Ausplünderung Kurdistans zu unterbinden. Aus Batman und Mardin kommt heute kein Öl mehr, also auch keine Dividende.

Nun zur bisherigen Bilanz dieses Angriffs: Die kurdische Guerilla der ARGK hat den türkischen Vorstoß in Südkurdistan gestoppt. Hohe Verluste erlitt die türkische Armee bei Gefechten bei Habur, Xepiske, Behifa, Kesen, Metina und dem Grenzgebiet von Şemdinli und Çukurca in Nordkurdistan (Schätzungen sprechen von über 1000 getöteten türkischen Soldaten).

Die Guerilla entwickelte im Rücken der Invasionstruppe großangelegte Operationen. Sie griff die türkischen Kasernen in Tercan, Cizre, Çukurca, Erüh-Siirt und Kozluk an. In Şirnak drang eine Einheit der Befreiungsbewegung in die Stadt ein und griff mehrere Stunden die Stadtkaserne mit schweren Waffen an. Entlang der Überlandstraße zwischen Mardin und Cizre (syrischen Grenze), von Cizre nach Habur (Grenzübergang zum Irak) sowie von Uludere und Çukurca entlang der irakischen Grenze wurden 20 Benzin- und Öl-Nachschubdepots der Armee vernichtet und Militärkonvois überfallen. Diese Straße ist die einzige Nachschublinie für die

türkische Armee für das Gebiet Botan in Nordkurdistan sowie für ihre Operation in Südkurdistan. Das ARGK-Oberkommando meldete, daß die Truppen in Südkurdistan aus der Luft versorgt werden müssen.

Parallel zur Invasion versuchte die türkische Armee, in die von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gaburberge im Gebiet Çukurca-Şemdinli mit einer 30000 Mann starken Truppe einzudringen. Dieser Vormarsch wurde zurückgeschlagen.

Rund 500000 Mann der türkische Armee sind mittlerweile in Nordkurdistan zusammengedrängt auf einen Korridor von der türkisch-kurdischen Grenze bei Malatya über Elaziğ, Diyarbakır, Mardin entlang der türkisch-syrischen Grenze bis Cizre. Weitere Truppen stehen nur noch in den größeren Städten wie Tatvan, Van, Siirt, Batman, Silvan, Bitlis, Agri, Kars, Şirnak, Silopi, Hakkari, Yüksekova. Die Armee kann ihre Angriffe nur noch mit Kräften in der Größenordnung von 10000 Mann führen.

Was der türkischen Armee bleibt, sind Vorstöße mit riesigen Truppenverbänden und die Luftheute. Diese Armee hinterläßt nur noch verbrannte Erde. Im Gebiet Botan und in der Region Lice-Hani-Hazro gibt es kaum noch ein Dorf. Aus Botan flüchteten die Menschen nach Südkurdistan. Mindestens 700 dieser Flüchtlinge verschleppte die türkische Armee wieder aus Südkurdistan zurück in die Türkei. Die Angriffe der türkischen Armee gelten im wesentlichen nur noch der Vernichtung der Zivilbevölkerung. Bei der Invasion beabsichtigte die türkische Armee offensichtlich, den ganzen Grenzgürtel zu entvölkern und mit der KDP Barzanis dieses Gebiet zu kontrollieren.

Gegen diese Politik fanden Demonstrationen in Südkurdistan statt. In Dahuk forderten rund 10000 Menschen den Abzug der türkischen Armee. Auf der Straße nach Erbil wurden die türkischen Panzer durch Menschenketten der Dorfbevölkerung gestoppt. Zuvor waren ihre Dörfer von der türkischen Luftwaffe bombardiert worden.

Auch im türkischen Hinterland, in den Metropolen wie Istanbul, Izmir, Ankara, Antalya und Adana finden Demonstrationen und Aktionen gegen den Krieg statt. Hier leben Zehntausende kurdische Flüchtlinge in den Slumgebieten.

Der kürzlich durchgeführte 5. PKK-Parteikongreß hat beschlossen, die Kolonialstrukturen in den Städten Kurdistans anzugreifen und den Befreiungskampf in die Städte zu verlagern. Die ERNK greift heute Kasernen, Gerichte, Verwaltungen usw. an. Dabei kann sie sich auf die Bevölkerung und die vielen Flüchtlinge stützen. Die Guerilla will die Städte „umzingeln“ und angreifen. Ein weiteres Ziel von Operationen werden die Stützpunkte der türkischen Luftwaffe, Flugplätze und Hubschrauberstationen sein.

Es ist höchste Zeit, daß sich die internationale Gemeinschaft entschließt, ihren Einfluß auf die Türkei geltend zu machen, damit der weiteren Zerstörung Kurdistans und dem Massenmord an der Bevölkerung Einhalt geboten wird.



Der DEP-Ehrenvorsitzende Yaşar Kaya (Bild) wurde als Parlamentspräsident gewählt.

Kurdisches Exilparlament gegründet!

Am 12. April fand in der niederländischen Hauptstadt Den Haag die Eröffnung des kurdischen Exilparlaments statt. Nach fünfmonatiger Vorbereitung sowie zahlreichen internationalen Gesprächen des Vorbereitungskomitees konnte die Gründung vonstatten gehen. Als Alterspräsident eröffnete Ismet Serif Vanly die Feierstunde mit einer Gedenkminute für die Gefallenen und Ermordeten Kurdistans.

Zahlreiche Parlamentarier und andere Gäste aus europäischen Ländern, Organisationen und Institutionen erlebten die Vereidigung der 65 gewählten Abgeordneten, darunter sieben weibliche Abgeordnete. Mitglieder des kurdischen Exilparlaments sind die sechs DEP-Abgeordneten des türkischen Parlaments, die im europäischen Exil leben, sowie von ihren Verbänden gewählte kurdische Abgeordnete aus Australien, Europa, den GUS-Staaten sowie den USA. Sie gehören dem Frauenverband, dem Intellektuellenverband, der ERNK usw. an. Vertreten sind auch je ein assyrischer und ein armenischer Abgeordneter, die von ihren nationalen Verbänden gewählt wurden. Ein Vertreter der KDP-Iran überreichte eine Zusammenstellung aller Dokumente der kurdischen Republik Mahabad, die PSK schickte ein Blumenbündel.

Aus der Bundesrepublik wurden Grußadressen von Steffen Tippach, MdB der PDS, Kambiz Behbahani, Bündnis 90/Grüne, und Hans Brandscheid, medico international vorgetragen. Vorgelegt wurden Grußadressen u.a. von Hatip Dicle, DEP-Generalsekretär und inhaftierter Parlamentsabgeordneter, von Abdullah Öcalan, Generalsekretär der PKK, sowie dem Oberkommando der ARGK.

Auf einer Pressekonferenz forderte Serif Vanly ein Ende der deutschen Unterstützung für das türkische Regime: „In Kurdistan findet ein Völkermord mit deutschen Waffen statt. Niemand kann den Kurden übel nehmen, wenn sie darüber wütend sind.“ Der Alterspräsident sowie das Parlamentsmitglied Ali Sapan, Sprecher der ERNK in Europa, betonten, daß sie eine friedliche Lösung der kurdischen Frage wollen. Das Parlament begreift diese friedliche Lösung als dringlichste Aufgabe.

Nach der Eröffnung begann am 13. April die erste Sitzungsperiode des kur-

dischen Exilparlaments. Zuerst wurde die Geschäftsordnung geklärt. Dann wurde Yaşar Kaya zum Parlamentspräsidenten gewählt. Alle zwei Monate wird das Exilparlament zusammentreten, zunächst an verschiedenen Orten. Erreichbar ist es unter:

BIS DEP,
Avenue Louise 129a
B-1050 Brüssel, Belgien
Telefon 0032-2-539 30 33
Fax: 0032-2-539 38 87.

— (rub, Übersetzungen: rub, S., S.T.)



Ismet Serif Vanly. (Alle Fotos: d.g.)

Die Eröffnungsrede von Ismet Serif Vanly

Ich möchte Sie willkommen heißen und begrüße Sie zum Eröffnungstag des Kurdischen Exilparlaments. Außerdem möchte ich Sie, unsere geschätzten Gäste, im einzelnen würdigen: die Freunde unseres Volkes, die Vertreter der Presse, die Patrioten Kurdistans und meine gewählten Kolleginnen und Kollegen.

Die Kurden sind ein altes Volk. Sie haben auf ihrem angestammten Land Kurdistan, durch die Geschichte hindurch gelebt. In allen bemerkenswerten Entwicklungen der Region haben sie eine wichtige Rolle gespielt. Sie waren beteiligt bei der Errichtung von Weltreichen, Fürstentümern, Staaten und Zivilisationen.

Kurdistan, eine Landmasse, die ungefähr 550 Tausend Quadratkilometer mißt, ist gut ausgestattet mit natürlichen Reichtümern und stellt in diesem Sinne einen der reichsten Staaten dar.

Mittleren Ostens dar. Diese Ressourcen zusammen mit der historischen Seidenstraße, die durch kurdisches Land verlief, machten die Gegend im Verlauf der Geschichte zu einem Preis für die Eroberer. Der Ansturm der Barbaren hat die Kurden daran gehindert, sich gesellschaftlich, kulturell und politisch zu vereinen. Beherrscht von anderen, wurde Kurdistan von verschiedenen Herren aufgeteilt. 1923 wurde es in Lausanne in vier Teile geteilt. 1639 teilten die Osmanen und das persische Herrscherhaus der Safeviden mit dem Vertrag von Kasri-Sirin das Land unter sich auf.

Es gibt etwa vierzig Millionen Kurden auf der Welt. Allen wurden die grundlegendsten Menschenrechte verweigert. Einige haben Zuflucht jenseits der Grenzen Kurdistans gesucht. Von der Gesamtbevölkerung der Kurden lebt die Hälfte innerhalb der „politischen“ Grenzen der eigentlichen Türkei.

Die Völker Kurdistans und die religiösen Richtungen

Zusätzlich zu den Kurden gibt es Assyrier und Armenier, die in Kurdistan leben. Auch sie haben unter den Eroberermächten gelitten. Der Politik des Teils- und Herrsche unterworfen, haben die Völker Kurdistans zu Zeiten gegeneinander gekämpft und einander gezwungen, das gemeinsame Vaterland zu verlassen. Diese Faktoren haben dazu geführt, daß die Bevölkerung der Assyrier und Armenier klein geblieben ist. Heute stellen sie ungefähr zehn Prozent der Gesamtbevölkerung in Kurdistan.

Die Völker, die in Kurdistan leben, haben einen unterschiedlichen Glauben, verschiedene Religionen und einige Konfessionen. Eine riesige Mehrheit von Gläubigen sind Moslems. Diese Unterschiedlichkeit des Glaubens hat es den Eroberern Kurdistans ermöglicht, eine religiöse Gruppe gegen die andere zum beiderseitigen Schaden auszuspielen.

Die Kurden, ihre Nachbarvölker und das Konzept der Demokratie

Die Völker, die an der Peripherie Kurdistans leben, die Türken, Araber und Perser, sind nicht frei. Noch sind sie immun gegen die Auswirkungen der unterdrückerischen Herrschaft und Kriege, die ihre Regierungen gegen die Kurden vom Zaun gebrochen haben. Diese Völker können demokratische Rechte und Freiheiten erst genießen, wenn die Völker Kurdistans ihre Freiheit sichern und ihren Status als unterworfenen Völker beenden.

Aus diesen Gründen macht eine demokratische Lösung des Problems die Institutionalisierung demokratischer Einrichtungen in den Ländern nötig, in denen die Kurden leben. Mit anderen Worten, die nationale Befreiungsbewegung, die sich in Kurdistan entfaltet, ist der Garant für die Demokratie im Mittleren Osten. Das ist sie ungeachtet des Begriffes „terroristisch“, den unsere Gegner unserer Bewegung geben.

Der Kampf um die Bildung der Nation und die Freiheit in Kurdistan

Ahmed Xane war der erste Kurde, der gegen Ende des 17. Jahrhunderts von Kurdistan in Begriffen eines Nationalstaates dachte. Der Kampf der Kurden um den Besitz ihres eigenen Landes und ein Leben in Freiheit begann im frühen 19. Jahrhundert. Heute, ungefähr zwei Jahrhunderte später, dauern die Aufstände an, und sie werden es, bis wir unsere Freiheit gesichert haben.

Es ist eine traurige historische Tatsache, daß bis heute keiner der kurdischen Aufstände das gewünschte Ziel erreicht hat. Wann immer die Kurden sich erhoben, um am Freiheitskampf teilzunehmen, wurden sie gnadenlos ermordet. Millionen ihrer Verwandten wurden massakriert; noch mehr wurden gezwungen, ihr angestammtes Land gegen ihren Willen zu verlassen.

Wann immer diese Massaker und erzwungenen Auswanderungen stattfanden, wandte sich die Welt ab. Der Westen hatte Interessen in Kurdistan und im Mittleren Osten. Dies wurde sichtbar mit dem begrenzten Status, der den Kurden mit dem Vertrag von Sévres im Jahre 1918 gegeben wurde, der Selbstbestimmung für die Kurden versprach. Fünf Jahre später, in Lausanne, wurde auch dieser Status beseitigt, weil er mit den Interessen der Parteien, die daran beteiligt waren, kollidierte. Es sieht so aus, als ob sich heute nicht viel geändert habe. Wieder sind die Kurden Opfer von Barberei. Wiederum schaut die Welt weg. Als ob dies nicht genug wäre, unterstützen sogar einige wichtige Länder die Türkei ökonomisch, militärisch und politisch. Man kann daraus nur schließen, daß sie die Fortsetzung dieser Schlächtereien wünschen.

Nordwest-Kurdistan

Als die Grundlagen der türkischen Republik gelegt wurden, wurde die Unter-

Niemals zuvor in seiner Geschichte war es der Einheit und der Freiheit so nahe.

Jahre der Vergewaltigung haben über 10 Millionen Kurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um in Städten der westlichen Türkei, verschiedenen Ländern Europas, in den GUS-Staaten und soweit entfernten Gegenden wie Amerika und Australien Zuflucht zu suchen. Die Vergewaltigung hat die Form willkürlicher Inhaftierung, der Folter und des offenen Mordes angenommen. Das ländliche Kurdistan wurde gnadenlos angegriffen: Dörfer zerstört, Berge bombardiert, Weiden vermint, Wälder in Brand gesetzt, bisweilen wurden Gegenden für die örtliche Bevölkerung vollständig abgeriegelt. Es ist diese bewußte Politik, die ökonomische Stagnation über die Region brachte und die Kurden zwang, sich im Ausland niederzulassen.

Die Kurden, die Zuflucht im Ausland gesucht haben, stehen vor sozialen, politischen und kulturellen Problemen.



Eröffnungssitzung des Exilparlaments. PKK-Generalsekretär Öcalan hat die Bundesregierung erneut zur Rücknahme des Verbots von PKK und ERNK und der kurdischen Vereine und zu einer politischen Lösung des Kurdistan-Problems aufgefordert. Zu den Anschlägen auf türkische Einrichtungen in der BRD erklärte er: „Wir wollten nie irgendwelche gewaltsamen Ereignisse in Europa, wir wollen es nicht.“ (Kurd-A, 17.4.)

stützung der Völker Kurdistans gesucht. Der türkische Führer Kemal Atatürk und seine Freunde erhielten diese Unterstützung mit dem Versprechen, daß die neue Gemeinschaft den Kurden Partnerschaft und Freiheit zugestehen werde. Das Versprechen war schnell vergessen. Eine Besatzungstruppe marschierte in Kurdistan ein, um den Geist der Freiheit zu töten. Ein unerklärter Krieg tobte zwischen 1921 und 1938. Dann wurde eine Politik eingeschlagen, die sogar die Existenz der Kurden verneinte. Ein intensives Erziehungsprogramm zur Assimilierung der Kurden wurde bis aufs kleinste mit der Absicht ihrer Vernichtung eingerichtet. Als die Kurden Rechte forderten, wurden Tausende von ihnen umgebracht; viele weitere mußten ins Exil gehen.

Die kurdische Opposition, die niemals völlig verschwand, begann im Jahre 1970 aufzublühen und engagierte sich im Kampf um die Rechte der Kurden. Die nationalen Befreiungskämpfe, die sich weltweit in jenen Jahren entfalten, steigerten auch die Hoffnungen der Kurden. Auf der anderen Seite gebrauchte der türkische Staat Gewalt, um das Zusammengehen der Kurden zu zerschlagen. In einigen Regionen erklärte die Regierung den Ausnahmezustand. Dann fand ein Putsch statt, mit dem das Militär 1980 die Macht übernahm, das den totalen Krieg gegen die Kurden erklärte. Tausende von Kurden fanden sich hinter Gefängnismauern wieder. Hunderte von ihnen starben in Haft unter Folter.

Aber nichts hielt den nationalen Befreiungskampf auf, und er wuchs in großen Sprüngen. Heute ist das Volk von Kurdistan gereift, es hat seine eigenen politischen, militärischen, ökonomischen und kulturellen Einrichtungen.

Sie unterstützen den kurdischen Befreiungskampf und würden gerne nach Hause, nach Kurdistan, zurückkehren. Dennoch haben sie eine Reihe von Institutionen, die ihnen dienen und sie repräsentieren. Aber sie fühlen die Notwendigkeit einer höheren Institution, die sich mit den größeren Themen, mit denen sie konfrontiert werden, auseinandersetzt.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der Mangel an Freiheit in Kurdistan den Kurden nicht erlaubt hat, ihr eigenes Parlament zu errichten. Aber seit 1992 haben die Forderungen des Volkes eine solche Körperschaft notwendig gemacht, auch wenn sie im Exil besteht. Ein Schritt in diese Richtung wurde in Südkurdistan gemacht. Die Zeit für einen ähnlichen Schritt in Nordkurdistan ist gekommen.

Den Kurden ist nicht erlaubt, sich über die Grenzen hinweg zu verbinden; auch ist es ihnen nicht erlaubt, sich frei auszudrücken: beide Aktivitäten sind gesetzlich verboten. Da dies der Fall ist, ist es absurd zu erwarten, daß die Kurden in den Nationalversammlungen der Länder, in denen sie leben, vertreten werden.

Wenn einige Kurden manchmal erreichten, daß die Interessen ihrer kurdischen Wähler eine Stimme fanden, wurden sie ebenso schnell zum Schweigen gebracht. Die Belastung, zu der das Leben der kurdischen Parlamentsmitglieder wurde, ist öffentlich bekannt bei den Mitgliedern dieser Versammlung. Die kurdischen Parlamentsmitglieder, die Mitglieder von HEP bis DEP, wurden ermordet, eingekerkert und gezwungen, Zuflucht im Ausland zu suchen. Die Mitglieder der letzten Gruppe sind nun unter uns. Sie haben an der Bildung dieses Parlaments teilgenommen.

Wie alle Völker haben auch die Völker Kurdistans das natürliche Recht, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, und sie müssen dies durch eine parlamentarische Institution tun, die Einigkeit symbolisiert.

Es folgen die Tatsachen, die die Bildung des kurdischen Exilparlaments herbeigeführt haben.

1. Das kurdische Exilparlament wird den ersten Schritt zum kurdischen Nationalkongreß darstellen. Es ist offen für Menschen und Institutionen mit politischen Ambitionen. Es arbeitet auf der Grundlage des nationalen Interesses bei der Leitung verschiedener Gruppen. Sein Ziel ist, ihre Interessen umfassend zu vertreten.
2. Das kurdische Exilparlament weist alle Formen fremder Besatzung Kurdistans zurück. Es betrachtet den Nationalen Befreiungskampf unseres Volkes als legitim. Als repräsentative Körperschaft respektiert es das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, erkennt internationale Übereinkünfte an und wird Verbindungen herstellen, um die politischen und gesetzlichen Angelegenheiten, die sich darauf beziehen, zu ordnen.
3. Das kurdische Exilparlament, geleitet von dem Willen des Volkes, will eine demokratische und politische Lösung. Auf dieser Grundlage führt es seine Geschäfte.
4. Das kurdische Exilparlament unternimmt Schritte, die politischen, kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und Sicherheitsinteressen der Völker Kurdistans zu ordnen.
5. Das kurdische Exilparlament repräsentiert die Völker Kurdistans und den Kampf auf der internationalen Bühne und unterhält mit dieser Absicht diplomatische und politische Verbindungen.
6. Das kurdische Exilparlament repräsentiert ohne Unterschied die Menschen Kurdistans, die gezwungen wurden, in der Diaspora zu leben. Es geht ihre politischen, sozialen, kulturellen und Bildungsprobleme an. Dazu wird es innerhalb des Rahmens der internationalen Gesetze in Verbindung mit den geeigneten Institutionen treten.
7. Das kurdische Exilparlament arbeitet auf der Grundlage der einfachen Mehrheit. Es macht keinen Unterschied zwischen Nationalität, Glauben und Geschlecht. Es verteidigt das Recht der Völker auf ihre Identität und darauf, sich selbst zu repräsentieren. Es respektiert die Gedankenfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung.
8. Das kurdische Exilparlament widersetzt sich dem Kolonialismus, fremder Besatzung, Faschismus, Rassismus und Diktatur. Es strebt nach Frieden, Gleichheit und Freundschaft unter den Völkern auf der Grundlage beiderseitigen Nutzens. In Kurdistan befürwortet es eine Gesellschaft, die Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte respektiert.

Wir danken denen unter Ihnen, die unsere Vorbereitungsarbeit für dieses Parlament unterstützt haben. Wir danken nicht nur den Personen, sondern auch den Institutionen. Wir danken Ihnen nochmals für die Teilnahme an der Eröffnung unseres Parlaments, für die Unterstützung unseres Kampfes und für die Zusendung ihrer Gruß- und Solidaritätsbekundungen. Natürlich danken wir auch den Vertretern der Presse.

Wir laden die demokratische Öffentlichkeit überall auf der Welt ein, den Befreiungskampf der Völker in Kurdistan zu unterstützen und freundschaftliche Beziehungen zu ihrem Exilparlament aufzunehmen.

Wir begrüßen Sie erneut und geben unserer Hoffnung auf eine friedliche Lösung dieses anhaltenden Konflikts innerhalb des Rahmens der Prinzipien der unveräußerlichen Rechte der Völker auf Selbstbestimmung Ausdruck.



Entlassung bei Johnson & Johnson Die Frauen bleiben auf der Strecke

Massenentlassungen bei einer Chemiefirma in Norderstedt

Bei der Chemiefirma Johnson & Johnson in Norderstedt soll bis Ende Juni die gesamte Produktion nach England verlagert werden. Die Herstellung von medizinischen Produkten wie Kompressen, Handschuhen und Custom Packs wird beendet. Grund dafür: Wettbewerbsfähig bleiben, kostengünstiger produzieren, soziale Leistungen sparen.

Das bedeutet für ca. 80 Leute, die seit Jahren und Jahrzehnten hier in Tag- und Spätschicht gearbeitet haben, den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Mitbetroffen bei der Schließung der Produktionsabteilung sind darüber hinaus einige Angestellte in den Labors und Büros.

Betroffen: zumeist Frauen

Die Betroffenen sind überwiegend Frauen im Alter von 20 bis über 50 Jahren. Sie erhielten bisher als zusätzliche Leistungen zum Monatslohn Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, einen Sommerbonus, der nach Betriebszugehörigkeit und Leistung ausbezahlt wurde, und nach 10 Jahren Betriebszugehörigkeit eine Betriebsrente. Allen ist klar, daß sie in der gegenwärtigen Lage solche Vorteile auf jeden Fall nicht wiederbekommen werden.

Aber nicht nur das ist die Sorge der Gekündigten. Werden sie überhaupt einen Arbeitsplatz finden? Der Beruf, den die Frauen gelernt haben, wurde meistens viele Jahre nicht mehr ausgeübt. Kann sich eine 40-Jährige erfolgreich wieder im Friseurberuf bewerben? Ist sie für die erlernte Bürotätigkeit noch auf dem Laufenden? Gibt es irgendwo eine vergleichbare Anstellung

als Ungelernte für die Produktion?

Johnson & Johnson zeigte sich zunächst großzügig. Eine Abfindung wurde ausgehandelt, es gab einen kostenlosen Kursus über die Frage einer richtigen Bewerbung bei gleichzeitiger Lohnfortzahlung und es werden im Betrieb am Schwarzen Brett Arbeitsplatzangebote angebracht. Außerdem werde die Firma sich schon mit solchen KollegInnen einig werden, die vor Ende der Betriebsschließung einen neuen Arbeitsplatz fänden, solche könnten auch schon vor Ablauf der Kündigungsfrist gehen.

Lagerhaltung ist teuer. Um Kosten zu sparen, hatte die Firma zunächst die Lagerhaltung heruntergefahren. Nachdem die Produktionsverlagerung nach England beschlossen war, mußten aber doch wieder Reserven angelegt werden. Außerdem herrscht zur Zeit eine gute Auftragslage. Das bedeutet: die gut ausgebildeten „Fach“-Kräfte an den Maschinen sind nun doch nicht „vorfristig“ zu entbehren. Seit Anfang dieses Jahres wird deshalb die nur mündlich gemachte(!) Zusage, bei einer Jobfindung auch vor Ende Juni aus dem Betrieb ausscheiden zu können, wieder rückgängig gemacht. Oder es bleibt nur die Möglichkeit, selbst zu kündigen. In der Folge bedeutet das, keine Abfindung zu bekommen. Die vom Personalchef unterschriebenen Angebote am Schwarzen Brett kann man also vergessen.

Kurz vor Schluß noch Streß

Durch diese (Auftrags-) Lage kommt kurz vor der Schließung der Produktion außerdem noch ein ziemlich unerträglicher Streß auf die ArbeiterInnen zu. Haben die Leute bisher in gut eingearbeiteten Teams an den Maschinen gearbeitet, soll jetzt die gleiche Leistung mit extra eingestellten Aushilfen erbracht werden, die in so kurzer Zeit die erforderlichen Fertigkeiten nicht haben können.

Das bedeutet zusätzlichen Einsatz und Aufmerksamkeit des Stammpersonals.

Waren bisher ca. fünf Leute an einer Maschine, soll das jetzt auch mit einer Besetzung von nur drei gehen. Schon immer hat Johnson & Johnson gelegentlich befristete Arbeitskräfte eingestellt und sie sogar z.T. übernommen. Jetzt sollen bei geringerer Maschinenbesetzung und somit höherer Leistungsanforderung noch zusätzlich neue Leute eingearbeitet werden. Das nervt, denn ein ordentliches, sicheres Arbeiten wird dabei nicht mehr gewährleistet. Und das, wo man vor lauter Sorgen um den verlorengegangenen Arbeitsplatz sowieso schon schlecht schlafen kann.

Die meisten Frauen sind die berühmten Zuverdiener in den Familien, ihr erkämpfter Lebensstandard wird nach der Entlassung erheblich sinken. Aber es gibt auch schon diejenigen, die zum Beispiel wegen der Arbeitslosigkeit des Mannes die Familie alleine durchschleppen müssen. Und es finden sich eine ganze Reihe von Frauen, die — aus den bekannten Gründen — sowieso für dauernd Alleinverdienende sind und sich nun fragen müssen, wie sie wohl bis zur Rente durchkommen. Eine neue Berufsausbildung? Die vorherige aufbessern? Gibt es danach eine neue Anstellung, von der frau leben kann? Etwas erlernen, womit sie sich selbstständig machen kann? Viele hängen inzwischen auch nicht mehr der Illusion nach, die Abfindung — auch wenn es eine relativ hohe ist — reiche für's notwendige Startkapital aus.

Höchstens für zwei Jahre — je nach Alter — besteht der Anspruch auf Arbeitslosengeld. Bei einer Umschulung wird noch einmal weitergezahlt. Was dann? Noch eine Weile vom Ersparten, von der Abfindung leben? Wie lange wird das vorhalten? Bis zur Rente — in die ja auch aus Arbeit erstmal eingezahlt werden muß — sind es noch viele Jahre. Die Kinder sind noch nicht groß

und wollen versorgt werden. Die Mieten sind kaum noch zu bezahlen. Ein Leben mit Sozialhilfe droht. Und das möchte keine! — (I., edl)

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen!

Dokumentation des Gegengipfels zur Ministerratstagung der Europäischen Union am 9.-11. 12. 94 in Essen



Aus dem Inhalt:

- Redebeiträge des Gegengipfels
- Kundgebungsbeiträge
- Fotodokumentation
- Ablaufchronologie
- Erfahrungsbericht zur Demo
- Vorbereitungs- und Mobilisierungsphase
- Juristisches zum Demoverbot
- Auswertungs- und Kritikpapiere

Herausgeben vom „Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel“
Umfang: 64 Seiten · Preis: 8,- DM

Unrast Verlag
Postfach 8020
48043 Münster



Essen. Unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ wollte das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel anlässlich der Auftaktveranstaltung zum SPD-Landtagswahlkampf am 1. April auf dem Kennedyplatz noch einmal gegen die Massenfestnahmen beim Essener EU-Gipfel Ende letzten Jahres protestieren. Knapp 200 Leute kamen. — (thb, Lokalberichte Essen)

Expositionsregister gegen Hoechst AG durchgesetzt

Frankfurt. Zwei Jahre nach den großen Störfällen bei der Hoechst AG beginnt jetzt die Erstellung eines Expositionsregisters. Die erfolgte Einigung ist das Ergebnis einer langwierigen Auseinandersetzung zwischen den Bürgerinitiativen und der Stadt Frankfurt sowie dem Chemiekonzern. Zweck des Registers ist es, umfassende Daten über Art, Umfang und erste erkennbare Gesundheitsfolgen der damaligen Chemiebelastungen („Expositionen“) unter den Anwohnern der betroffenen Stadtteile zu erheben. Die Bürgerinitiativen konnten durchsetzen, daß das Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) von der Stadt beauftragt und die Hoechst AG die Kosten von ca. DM 875 000 übernimmt. Der Konzern wollte ursprünglich den TÜV beauftragen, da ihm das BIPS zu kritisch erschien. Die Beobachtungszeit ist auf zunächst sieben Jahre terminiert. Sie soll Vergleichsmöglichkeiten zum „Normalzustand“ herstellen und damit auch eine Beweissicherung gewährleisten. In der nächsten Zeit werden 15 000 Anwohner umfassende Fragebögen er-

halten. Das Verfahren wurde mit den zuständigen Datenschutzbeauftragten abgesprochen. Informationen: BI Höchster Schnüffler und Maagucker, Th. Schlimme, August-Bebel-Str. 2a, Tel: 380 81 14.

Arbeit & Ökologie-Briefe 6/95

Initiativgruppe übergab Petition in Bonn

Bonn. Vertreter der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges übergaben am 29.3.1995 eine von 6126 Bundesbürger/innen unterzeichnete Petition. Die „Lüneburger Erklärung“ mündet u.a. in die Forderungen

- alle Gesetze und Verordnungen für politische Verfolgung und Berufsverbote, darunter das KPD-Verbotsurteil, zu beseitigen;
- sämtliche politischen Urteile, insbesondere die der politischen Sonderkammern, aufzuheben;
- umgehend Schluß zu machen mit der erneuten Praxis politischer Strafjustiz und Berufsverbote gegen Bürger des ehemals selbständigen und völkerrechtlich anerkannten Staates DDR;
- alle politisch Verfolgten aus der Zeit

MÜNCHEN

Stoiber: Bundeswehr zu Gewalt bereit

Für einen ganz gewöhnlichen Kommandowechsel wurde am 30. März vor der Feldherrnhalle, dem Denkmal von inzwischen fünf deutschen Kriegen, ein Aufmarsch der Bundeswehr inszeniert.

Ihre Ehre zu erweisen hatten auch amerikanische, französische, italienische und sogar tschechische Truppen. Nach dem Einmarsch der Abordnungen folgte das „Abschreiten der Front durch den Bayerischen Ministerpräsidenten“. So in die Front einverleibt bekamen die Soldaten eine Rede des Ministerpräsidenten zu hören, in der er die gewachsene Gewaltbereitschaft der Bundeswehr betonte: „Aufgabe der Bundeswehr ist nicht allein die Sicherung des eigenen Landes, sondern die Krisenvorsorge in der ganzen Welt ... Wir müssen zur Friedenssicherung notfalls auch mit Waffen bereit sein. Das ist kein Säbelrasseln, sondern entspricht der nüchternen Einsicht der Notwendigkeit von der abschreckenden Ausübung von Gewalt ... Es ist jetzt gerade 50 Jahre her, daß Deutschland darniederliegt, ... Wir in Bayern sind stolz auf unsere zukunftsorientierte Truppe. Je internationaler

die Aufgabe der Bundeswehr, umso wichtiger ist die Heimatverbundenheit. Wir brauchen mehr Gemeinsinn, die Bundeswehr ist uns hier Vorbild.“ Schließlich zitierte er De Gaulle: „Es gibt keinen Frieden für die Furchtsamen und Uneinigen. Der Friede, die Größe, die Prosperität gehört denen, die fest und mutig sind.“

Angesichts des Schauspiels, das sich bot, mochte man mehr an das eine Wort denken, mit dem De Gaulle auf die Frage, was bei einer Vereinnahmung der DDR durch die BRD geschehen würde, geantwortet hat. Dieses eine Wort lautete: KRIEG.

Zum Abschluß des Appells wurde die bayerische, die amerikanische und die deutsche Nationalhymne gespielt, wodurch man offensichtlich auch die anderen Soldaten zur Genüge vertreten sah. Ein Transparent mit der Aufschrift „Nein zum Münchner Abkommen von 1938 — Ja zur Aussiedlung von 1945!“ wurde von Polizei, Feldjägern und bundeswehrinteressierten Bürgern entfernt. Für die Dauer des Appells wurde für die beiden Kriegsgegner „Sicherheitsgewahrsam“ angeordnet. — (hek)

OSTERMARSCH RUHR

Gegen Waffenexport und Militäreinsätze

Unter der Losung: „Wir lassen uns den Frieden nicht erschießen“ fand in diesem Jahr der Ostermarsch Ruhr statt — wieder an drei Tagen.

Unter der Losung „Wir lassen uns den Frieden nicht erschießen“ demonstrierten am Samstag nach Angaben der Veranstalter annähernd 500 Teilnehmer von Duisburg nach Oberhausen. Etwa ebensoviel waren zur Abschlußveranstaltung am Montag in Dortmund gekommen, die im Fritz-Henssler-Haus der Volkshochschule stattfand. Die Beteiligung an den Zwischenetappen von Essen nach Bochum war bei extrem schlechtem Wetter geringer. Insgesamt beteiligten sich an den Aktionen jedoch mehr Menschen als im letzten Jahr.

Im Vorfeld des 50. Jahrestages zur Befreiung vom Faschismus brachten Teil-

nehmer und Kundgebungsredner immer wieder ihren Protest gegen Bundeswehreinsätze im Ausland zum Ausdruck. Dr. Iskenius vom IPPNW kritisierte in Bochum-Langendreer die Beteiligung deutscher Faschisten am Bürgerkrieg in Jugoslawien. Felix Oekentorp von der DFG-VK trat in Dortmund für das Recht auf Verweigerung ein.

Auffällig war, daß sich in diesem Jahr viele Kurdinnen und Kurden am Ostermarsch beteiligten. In Bochum-Wattenscheid bestimmten sie mit Tänzen und Fahnen zeitweilig das Bild. Bei der Abschlußveranstaltung in Dortmund berichtete ein Vertreter von Yek Kom über den Stand der Gegenwehr gegen die Aggression des türkischen Staates in Kurdistan und wandte sich gegen die Unterstützung des türkischen Regimes durch die Bundesregierung. — (wof)

8. MAI 1995

PDS reicht Gesetzentwurf zum 8. Mai ein

Die Abgeordnetengruppe der PDS im Bundestag hat den Entwurf eines Gesetzes über den Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Faschismus eingereicht.

A. Problem: Am 8. Mai 1945 erfolgte die Befreiung Europas von der verbrecherischen nationalsozialistischen Diktatur und die Beendigung des II. Weltkriegs auf unserem Kontinent. Die historischen Lehren, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg und Faschismus ausgehen dürfen, müssen wachgehalten werden. Bis zum heutigen Tag ist der 8. Mai aber nicht zum offiziellen Gedenktag erklärt worden.

B. Lösung: Die Lösung besteht in der Verabschiedung des Gesetzentwurfs über den alljährlichen Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Faschismus am 8. Mai.

C. Alternativen: Keine.

D. Kosten: Keine. Der Text des Gesetzes soll lauten:

Der Deutsche Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1: Der 8. Mai ist der Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Faschismus.

§ 2: Der Deutsche Bundestag führt jährlich am 8. Mai eine Gedenkveranstaltung durch.

§ 3: Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Bonn, den 14. März 1995

Dr. Ludwig Elm

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Zur Begründung:

Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung aller europäischen Völker vom Faschismus. Die nationalsozialistische Diktatur, die den 2. Weltkrieg vorbereitet und ausgelöst hatte und Millionen Menschen in vielen Ländern vernichtete, wurde durch die Alliierten und den Widerstandskampf der Völker Opferreich zerschlagen.

Unter den Greueln und Verbrechen des Naziregimes haben so viele

Menschen jahrelang gelitten, daß Anlaß besteht, den befreienden Zusammenbruch der Nazidiktatur alljährlich zu würdigen. Dies umso mehr, als einflußreiche Gruppen in allen Bereichen der Gesellschaft seit Jahren bemüht sind, die weltgeschichtliche Einzigartigkeit der Verbrechen des deutschen Nazismus und Militarismus gegen die Menschheit als Teil einer globalen Verbrechensgeschichte zu relativieren. Dabei sollen insbesondere die geschichtlichen und geistigen Quellen sowie die Mitverantwortung großer Teile der deutschen Oberschichten für das Aufkommen, die Herrschaft und den Eroberungs- und Ausrottungskrieg der NS-Diktatur aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt werden. In der neonazistischen Hetze wird dieses Umschreiben der Geschichte bis zur Ausschwülzige und zur Glorifizierung nationalsozialistischer Führer, Leitbilder und Untaten fortgesetzt. Die rechtsextremistischen Ausschreitungen folgen solchen Ideen auf dem Fuß.

Es gilt, auch in den heranwachsenden Generationen die Erinnerung wachzuhalten und ihre bewußte Entscheidung für das friedliche Miteinander der Völker und für Abrüstung sowie ge-

gen menschenfeindliche Ideologien und terroristische Herrschaftsformen auf der Grundlage des geschichtlichen Wissens und humanistischer Leitbilder zu fördern.

Der Gedenktag 8. Mai soll und kann dazu beitragen, einen Mindestkonsens in der Verurteilung von Rüstungs- und Kriegspolitik zu bewahren sowie Nationalismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus abzuwehren. Er steht für die Lebens- und Zukunftsfähigkeit der Demokratie und der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland und fordert zur immerwährenden Erfüllung seiner friedenspolitischen Verantwortung heraus.



des kalten Krieges in der BRD zu rehabilitieren.

Der Geschäftsführer der *Initiativgruppe*, Karl Stiffel, übergab die Petition im Hause der Niedersächsischen Landesvertretung in Bonn an Eva-Maria Bulling-Schröter, MdB und für die PDS Mitglied des Petitionsausschusses. Sie sagte zu, die Forderungen dem Petitionsausschuß zuzuleiten. — (Landespublizistik NRW)

Rechter Grabert-Verlag durchsucht

Tübingen. Mehr als 2000 Exemplare des Buches „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ hat die Polizei im Grabert-Verlag beschlagnahmt. Das geschichtsrevisionistische Buch leugnet, so die Staatsanwaltschaft Tübingen, durch Darstellung pseudowissenschaftlicher Untersuchungsmethoden den Holocaust und erfülle die Straftatbestände der Volksverhetzung und der Beleidigung. Nach Entdeckung eines Verteilerplanes für das in einer Auflage von 17000 Stück gedruckten Buches seien weitere Durchsuchungen bei Verlagen, Buchhandlungen und Großabnehmern in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-

Westfalen und Bremen veranlaßt worden. — (SZ 30. 5. 1995 — hma)

„Mein Kampf“ auf türkisch Staatsanwalt ermittelt

Mannheim. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen wegen Verbreitung von NS-Propaganda und Volksverhetzung eingeleitet. Bei der Einweihung einer islamischen Moschee in Mannheim vor einigen Wochen hatten türkische Faschisten neben Emblemen der „Grauen Wölfe“ ein Buch in türkischer Sprache unter dem Titel „Kommunismus und internationales Judentum“ verkauft, das weitgehend identisch mit Hitler's „Mein Kampf“ ist. Das elf Millionen Mark teure Gebetshaus ist nach Angaben des Vorsitzenden einer Tarnorganisation der „Grauen Wölfe“ in Mannheim zu einem erheblichen Teil von Mitgliedern seiner Vereinigung finanziert worden. — (SZ 5. 4. 95 / Der Spiegel 14 / 95 — hma)

800 Bauarbeiter demonstrierten in Augsburg

Augsburg. Gut 800 Bauarbeiter zogen am 30.3. vom Plärrer zur Kundgebung auf

dem Königsplatz. Martin Koch, Bezirksgeschäftsführer der IG Bau-Steine-Erden machte dort deutlich, daß die Arbeitgeber mit ihren Forderungen nach Abschaffung des Lohnausgleichs, des Winterausgleichsgeldes und von acht Tagen Urlaub bei den Bauarbeitern auf Granit beißen werden. Bei weiterer Ausbeutung von Billigarbeitskräften aus dem Ausland kündigte er einen Proteststurm an. Die Arbeitgeber werden in ihren weitgehenden Forderungen durch die Bundesregierung angestachelt. — (Berichte aus Augsburg)

Solidarität mit den Roma-Frauen

Köln. Am 13. April frühmorgens um 7 Uhr führte die Kölner Polizei eine Razzia gegen Roma-Frauen durch, die zu den bosnischen Flüchtlingen gehören, die im Asylheim am Poller Holzweg untergebracht sind. Etwa 100 Beamte umstellten die Baracken, trennten 40 Frauen im gebärfähigen Alter von ihren Familien und transportierten sie in einem Bus zum Polizeipräsidium am Waidmarkt. Dort wurden allen Frauen Blutproben entnommen, sie wurden erkenntnisdienlich behandelt, vier von

ihnen wurden in der Universitätsklinik gynäkologisch untersucht, unter ihnen auch ein 15jähriges Mädchen.

Anlaß für diese unglaubliche Polizeiaktion war der Hinweis eines Mannes, eines „Zeugen“, daß die Mutter eines Babys, das vor einer Woche in Poll ausgesetzt worden war, vermutlich unter den Roma-Flüchtlingsfrauen zu suchen sei.

Von diesem Zeugen wurden dann, laut Staatsanwalt Utermann, drei Frauen „in die engere Wahl gezogen“.

Massenhaft werden Frauen einer Minderheit zur polizeilichen Zwangsuntersuchung geführt — Frauen, die nicht einmal verstehen, was mit ihnen geschieht, Frauen, deren Eltern unter Umständen vor 50 Jahren schon einmal von der damaligen Staatsanwaltschaft abgeführt wurden — in die Todeslager der Nazis.

Können wir uns vorstellen, daß in gleicher Weise die Polizei in Köln einen ganzen Wohnblock umstellt und die weißen, deutschen Frauen morgens um 7 Uhr aus den Betten holt, um sie zur medizinischen Untersuchung ins Polizeipräsidium zu bringen?

— (Presseerklärung, Prof. Dr. Maria Mies)

Die Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald, wie auch die anderen Jahrestage derzeit, sollen nach dem Willen der Herrschenden in diesem erneut und verstärkt auf Expansion drängendem Deutschland in der Weltöffentlichkeit das Bild eines nun endlich demokratischen Staates zeigen. Sie sollen alle auf den Verbrechen des faschistischen Deutschlands fußenden Vorbehalte gegen die neue internationale Führungsrolle beseitigen. Der Weg soll freigemacht werden für den ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, für die Verfügbarkeit deutscher Truppen in allen Teilen dieser Welt und für eine freiere Hand mit den „Unbequemlichkeiten zu Hause“ — ob es nun Flüchtlinge sind, die dem von ihnen geschaffenen Wohlstand nacheilen, oder in dem Land Zuflucht suchen, dessen Waffenschmieden an ihrer Verfolgung verdienen, oder ob es eine linke Opposition ist, welche vielleicht doch noch einmal den Herrschenden das schöne Leben schwer machen könnte und ihre Pläne durchkreuzt. Also werden die Herrschenden an den Jahrestagen „gedenken“ und „betroffen sein“, denn dies wird von Repräsentanten eines demokratischen Deutschlands erwartet. Und sie werden nach Kräften zu verhindern suchen, daß die (in der BRD) ungebrochene Kontinuität ihrer Herrschaft seit weit mehr als 50 Jahren zum Vorschein kommt.

Der Buchladen

Am Parkplatz der Gedenkstätte existierte immer ein kleiner Verkaufsstand mit Büchern zur Geschichte des Lagers, mit Erlebnisberichten ehemaliger Häftlinge und weiterer antifaschistischer Literatur. Der Laden existiert immer noch, und immer noch kann man dort auch antifaschistische Literatur finden — wenn auch weniger — dafür gibt es jetzt Bücher von Anti-Antifa-AutorInnen wie Antonia Grunenberg. Oder Bücher, in denen die faschistischen Mörder zu den eigentlichen Opfern erklärt werden, in denen ihre Bestrafung und die konsequente Befolgung des Schwurs von Buchenwald, den Faschismus mit seinen Wurzeln auszurotten, als „Machtergreifung von links“ tituliert wird. Ein erster Hinweis darauf, wie die Umgestaltung der Gedenkstätte aussieht, die der sozialdemokratische Historiker Eberhard Jäckel (Vorsitzender des Gedenkstättenkuratoriums) als „Triumph der Demokratie“ bezeichnet. Offensichtlich soll hier wirklich ein Triumph zelebriert werden. Aber wessen?

Das „Speziallager von 1945-1950“

Das Hinweisschild am Parkplatz, worauf ein erster Überblick über Formalitäten wie Öffnungszeiten usw. gegeben wird, wurde geändert. Unter der Überschrift „Gedenkstätte Buchenwald“ steht „Konzentrationslager Buchenwald 1937-1945“ und ohne weitere Erklärungen „Speziallager 2, 1945-1950“. Schon hier wird deutlich, wie die Geschichte bereinigt werden soll. Die alliierten Internierungslager, die nach der Befreiung vom Faschismus in allen Besatzungszonen errichtet wurden, waren ein Teil der Befreiung selbst. Doch was der Umgang der für die Umgestaltung der Gedenkstätte Verantwortlichen mit dieser Geschichte zeigt, ist nichts als der Wille, die Verbrechen der Nazis als eine Ungerechtigkeit unter anderen darzustellen.

Hier an diesem Schild schon wird das begonnen, was mit dem Bau eines „Dokumentationszentrums“ über das Internierungslager auf dem Gelände des Konzentrationslagers (!) fortgesetzt werden soll: Eine Vermischung der Täter mit ihren Opfern. Die für die Überlebenden des KZs verhöhrende und historisch unhaltbare Gleichsetzung bei-

50. Jahrestag der Befreiung

Ein Augenzeugenbericht von der Gedenkfeier im KZ Buchenwald. Von Jürgen Lloyd.



Foto: p.b.

der Lager. Genau das paßt den Herrschenden ins Konzept, ihre Tradition der Verantwortung für die Verbrechen des deutschen Imperialismus zu vertuschen.

Die Ausstellung

Die Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald war für ihre Ausstellung zur Geschichte des Lagers, zu den Ursachen, die zu ihm geführt haben und zu den Folgen, die es hatte, international bekannt. Sie war damit für die Herrschenden in der Bundesrepublik ein zu beseitigendes Ärgernis. Schon kurz nach der „Wende“ in der DDR wurden erste Exponate aus der Ausstellung entfernt. Und so hatten wohl viele Antifaschisten vermutet, daß die angekündigte und nun fertiggestellte „Neukonzipierung“ die Ausstellung vieler ihrer Qualitäten berauben würde. Tatsächlich ist die neue Ausstellung schlimmer als zumindest ich es schon befürchtet hatte: Nicht nur, daß die klare Benennung der Verantwortlichen und Hintermänner des Faschismus verschwunden ist, die Nutznießer auch der Konzentrationslager, die Thyssen, Schacht, Kirdorf, Siemens, Bosch, Duisberg, Flick, Haniel, Klöckner, Krupp, Pferdmeiges, Abs, Poensgen, Reusch, von Schroeder, Silverberg, Stauß, Stinnes, Rosterg, Vögler, die IG-Farben, die AEG, Blohm und Voss, die Vereinigten Stahlwerke, die Wintershall AG, die Deutsche, Dresdener- und Commerzbank. Verantwortliche existieren in der neuen Ausstellung eigentlich überhaupt nicht mehr. Der Faschismus als Folge der Rassenideologie einiger Nazis — darauf reduziert sich das Geschichtsverständnis, das in dieser Ausstellung vermittelt wird. Und natürlich fehlt jeder Hinweis auf die Karrieren der Nazi-Verbrecher im Nachfolgestaat BRD. Kein Hinweis auf den NSDAP-Funktionär und späteren Bundeskanzler Kiesinger, kein Hinweis zum NS- und BRD-Geheimdienstchef Gehlen und kein Hinweis zu den in ungebrochener Tradition von der Bundeswehr übernommenen Nazi-Kriegsverbrechern.

Die Ausstellung zeigt dabei weiterhin die Barbarei der Nazis und die Verbrechen der SS. Was sie zeigt, ist nicht gelogen (obwohl auch das vorkommt: Ohne jede Scham verleumdete die Hofhistoriker der Macht den Mut und die Widerstandskraft des illegalen Widerstandes im Lager. Dem Internationalen Lagerkomitee, welches mit seinem Kampf 10000 Juden und 1000 Kinder vor der SS

retten konnte, wird vorgeworfen, sich vor allem um die eigenen Kader gekümmert zu haben.) Vor allem aber ist diese Ausstellung auf eins hin konzipiert: Zu Verschweigen.

Ein Plakat zu Globke

Weil das Schweigen der Ausstellung zu den Nachkriegskarrieren der Nazis zu erwarten war, hatte die Aachener VVN-BdA ein Plakat angefertigt, in dem die Geschichte Hans Globkes gezeigt wurde. Der aus Aachen stammende Jurist, Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, verantwortlich für antisemitische Gesetze, wurde nach 1945 Stadtkämmerer in Aachen und stieg etwas später zum ranghöchsten Beamten der BRD auf, wo er als Staatssekretär in Adenauers Bundeskanzleramt seine schützende Hand über diverse Altnazis hielt, die er zum Teil noch aus Studentenverbindungen kannte. Dieses Plakat wurde im Eingangsbereich der Ausstellung aufgehängt. Nachdem die funkge räthbewaffneten Museumswächter wegen des deutlichen Zuspruchs aller Besucher das Plakat nicht gleich abhängen konnten, einigte man sich darauf, in zwei Stunden am gleichen Ort ein Gespräch mit einem Ausstellungsleiter zu führen. Das Plakat könne solange hängenbleiben. Kurz drauf kam dann Zivilpolizei (die Stadt Weimar und das Gelände der Gedenkstätte wimmelte an diesem Wochenende von auffällig unauffällig gekleideten jungen Herren, die ständig in ihre krächzenden Jacken sprachen), kassierte das Plakat ein und marschierte damit zur Einsatzzentrale.

Nach längerem Hin und Her gab die sichtlich verunsicherte Gedenkstättenleitung das Plakat wieder heraus, verbat aber gleichzeitig, es erneut aufzuhängen. Die Aachener zogen mit dem Plakat zum Zeitpunkt des vereinbarten Gesprächs zur Ausstellung (wo natürlich kein Ausstellungsleiter zu sehen war) und erklärten dort öffentlich das Plakat und die Kritik an der Ausstellung. Der deutliche Applaus der Besucher wird die Verunsicherung der Ausstellungsumgestalter verstärkt haben.

Die Manifestation

Vor 50 Jahren leisteten 11000 auf dem Appellplatz des gerade befreiten Konzentrationslagers Buchenwald den Schwur, der zur Richtlinie für Antifaschisten auf der ganzen Welt wurde. Die Manifestation des Internationalen Lagerkomitees am 9. April wurde von weniger Menschen besucht: Die Schät-

zungen liefen auf 8000. Viele (auch ich) hatten auf mehr gehofft. Die Kundgebung wurde geleitet vom Präsidenten des Lagerkomitees, Pierre Durand, der betonte, daß es eine Vermischung der Opfer und ihrer Henker nicht geben dürfe und die Aktualität des Schwurs von Buchenwald — der Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit — für heute betonte. Neben einem Veteranen der US-Armee und einem jüdischen Überlebenden sprach auch der Thüringische Ministerpräsident Vogel.

Wie es zur Einladung Vogels gekommen ist, weiß ich nicht. Es ist mir ver-

stündlich, daß viele der Widerstandskämpfer auch die Anerkennung durch diesen Staat suchen. Sie wäre mehr als verdient und für ein demokratisches Deutschland eine selbstverständliche Verpflichtung. Doch wir leben in der BRD. Und angesichts des Bestrebens der Herrschenden, reingewaschen von den Verbrechen des deutschen Faschismus, wieder frei agieren zu können, halte ich die Einladung Vogels für einen Fehler. Vogel sprach denn auch vom „Unbeschreiblichen“, vor dem er „fassungslos“ stehe, leugnete die Tatsache, daß die Häftlinge, die der anrückenden US-Armee 250 gefangene SS-Schergen übergeben konnten, sich selbst befreiten, meinte den Anwesenden Überlebenden erzählen zu müssen, daß diese sich besonders über „das Ende der Teilung Deutschlands“ zu freuen hätten und benutzte einmal mehr die unverschämte Demagogie, daß sich Deutschland gerade wegen der NS-Vergangenheit weltweit an Kriegseinsätzen beteiligen solle.

Die Rede ging fast vollständig im lautstark vorgebrachten Widerspruch der Mehrheit der Anwesenden unter.

Mit wohlthuender Deutlichkeit stellte danach Emil Carlebach, Vizepräsident des Internationalen Buchenwaldkomitees, die Lehren klar, die heute aus dem Schwur von Buchenwald zu ziehen sind. Er wehrte sich gegen die Verleumdung, deutsche Kommunisten hätten gemeinsame Sache mit der SS gemacht und nannte diejenigen, die wirklich mit der SS zusammenarbeiteten: „die Generäle und Offiziere, die Beamten und Richter, die Polizeichefs und Staatsanwälte“.

Fazit

Es ist den Herrschenden in diesem Deutschland nicht gelungen, den 50. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald so zu begehen, wie sie es sich in ihren Plänen wünschten. Durch den Kampf des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos und der Solidarität vieler Antifaschisten wurde ihnen ein kleines Stück verwehrt, so zu „gedenken“, daß damit die Erinnerung an die Einmaligkeit der Verbrechen des deutschen Faschismus und die Erinnerung an die dafür Verantwortlichen verschwinden. Die Versuche werden weitergehen und bedürfen unseres verstärkten Widerstandes.

Jürgen Lloyd ist Mitglied der VVN-Aachen

Demokrat Diepgen und Diplomat Stolpe

Nach drei Jahren Poker um den Staatsvertrag Berlin-Brandenburg mehr Fragen als Antworten

Den Berlinern und Brandenburgern würden eine ganze Menge Veränderungen zugemutet, aber man müsse das Eisen schmieden, solange es noch heiß und biegsam ist, meinte der Regierende Bürgermeister Berlins, Eberhard Diepgen, anlässlich der Unterzeichnung des „Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes (Neugliederungs-Vertrag)“ am 6. April im Jagdschloß Glienicke bei Berlin. Diepgen gab mit seinem Spruch schließlich auch den Tenor für die Zukunft an: Schnell und möglichst noch mit CDU/SPD-Senat die Fusion der beiden Länder betreiben, dem Bürger kaum Zeit lassend, sich an das größere Land zu gewöhnen.

Ist der Neugliederungs-Vertrag so neu?

Der Vertrag legt fest, daß seine Ratifizierung der Zustimmung von jeweils zwei Dritteln der Parlamente und mindestens jeweils einem Viertel der Abstimmungsberechtigten in einer Volksabstimmung bedarf. Die Volksabstimmungen finden am 5. Mai 1996 statt. Ein Verfassungsentwurf wird von einem Ausschuß bis Mitte des zweiten Jahres vor dem Jahr der Bildung des neuen Landes erarbeitet.

Die neue Verfassung soll neben den Parlamenten in einer Volksabstimmung bestätigt werden. Die Bildung des neuen Landes ist für das Jahr 1999 oder 2002 vorgesehen.

Das Land wird in neue Wahlregionen und -kreise aufgeteilt. Berlin als kreisfreie Stadt ist eine in rechtlich selbstständige Stadtbezirke gegliederte Einheit. Für die Landesentwicklung wird eine dezentrale Konzentration vorgesehen mit einer polyzentrischen Entwicklung des Gesamtgebietes.

Die Finanzbeziehungen werden auf der Basis des Ausgleichsprinzips geregelt. Eine Aufgabenverteilung wird zwischen Berlin und dem gemeinsamen Land in einem Staatsvertrag 1997 festgelegt.

Festlegungen zu einzelnen Sachgebieten (Schulen, Gerichte, Polizei) sind nicht vollständig ausformuliert. Die Rechtsvereinheitlichung wird schrittweise vollzogen und soll bis zum Ende des zweiten Jahres vor der Bildung des neuen Landes vertraglich geregelt werden.

Fazit: Im Mai 1996 entscheiden Berliner und Brandenburger über eine Fusion, von der sie im einzelnen nicht wissen, was sie ihnen bringt. Denn entscheidende Verträge, selbst die Verfassung des neuen Landes, werden erst im Nachhinein erarbeitet und von den Parlamenten entschieden. Im Volksentscheid soll der Wähler eine Blanko-Zustimmung zur Fusion erteilen.

Wo bleiben die Interessen der Menschen der Region?

Rechtsexperten aus beiden Ländern forderten schon vor dem Abschluß dieses Vertrages die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung. Bürger Berlins und Brandenburgs könnten erst dann entscheiden, wenn sie die Verfaßtheit des gemeinsamen Landes kennen würden. Offensichtlich soll die moderne Verfassung Brandenburgs korrigiert und Fehler, wie sie bei der Grundgesetzmodifizierung nach dem 3.10.1990 gemacht worden sind, wiederholt werden.

Kein einziges gegenwärtig verfassungsrechtlich garantiertes Grundrecht und auch kein in der Verfassung festgeschriebenes Staatsziel sind über das Jahr 1999 hinaus tatsächlich gesichert.

Das Kommunalwahlgesetz wird erst Ende 1997 entworfen. Ein Staatsvertrag über die Abgrenzung von Landes- und Kommunalaufgaben und deren Finanzierung entsteht Ende 1996. Personal- und Organisationsstrukturen der gemeinsamen Landesverwaltung werden ein Jahr nach Inkrafttreten des Neugliederungsvertrages erarbeitet.

Brandenburgs Regierung hatte große Schwierigkeiten mit der Erarbeitung ihres Landesentwicklungsplanes. Erst buchstäblich fünf vor Zwölf wurde der Planungsstaatsvertrag abgeschlossen. Mehr als vier Jahre wurde „planlos“ gearbeitet, so daß Fehlentwicklungen und Wildwuchs nicht ausgeschlossen werden konnten. Berlin hingegen hatte seinen Entwicklungs- und Flächennutzungsplan. Das bevorteilte Berlin, und Vorteile wird Berlin auch in Zukunft haben.

Die Leitbilder für „eine dezentrale Konzentration“ und die Grundsätze für die Teilräume, d.h. Berlin, engerer Verflechtungsraum und äußerer Entwicklungsraum, sind durch das Brandenburger Parlament nie legitimiert worden. Vorrang hat der engere Verflechtungsraum. So ist es nicht verwunderlich, wenn im Neugliederungs-Vertrag Aussagen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung, außer allgemeinen Feststellungen, fehlen.

Offen bleiben die finanziellen Auswirkungen der Fusion. Das gemeinsame Land soll die Hälfte aller Verbindlichkeiten des Landes Berlin aus Darlehen am Kreditmarkt sowie weitere Verbindlichkeiten übernehmen. Es ist bekannt, daß Herr Pieroth mit der protzigen Metropolenplanung die Verschuldung Berlins von 21 Milliarden 1991 auf 61 Milliarden 1998 hochtreiben wird. Aus der Wohnungsbauförderung entste-

hen nochmals Verbindlichkeiten in Höhe von 56 Milliarden DM. Kein Wort im Vertrag, wie die Verbindlichkeiten bis zur Fusion abgebaut werden sollen. Das Ausgleichsprinzip wird zwar beschrieben, aber die damit verbundene finanzpolitische Größe nicht sichtbar gemacht.

Bei der Festschreibung einer Personalobergrenze von 159000 werden keine Vorstellungen für eine umfassende Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur erarbeitet. Fusionsbedingte Kündigungen wurden sicher erst nach Protest der Brandenburger SPD und CDU ausgeschlossen. Aber wo der Abbau von „Wasserköpfen“ erfolgen soll, in Berliner Verwaltungen oder in Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen, Krankenhäusern usw., wird von den Autoren nicht gesagt. Das „Privatisierungsgebot“ in den Verwaltungen würde zu Massenentlassungen führen, wo dem Bürger bisher Leistungen des öffentlichen Dienstes erbracht wurden. In die politischen Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume der Kommunen und der Berliner Stadtbezirke wird grundsätzlich und unumkehrbar eingegriffen.

Im Schulsystem wird der CDU-Berlin eine Bestandsgarantie für die Hauptschulen gegeben, statt neuer Ansätze für eine Reform des Schulwesens. Eine gemeinsame Krankenhausplanung ist erst Ende 1997 beabsichtigt. Wo ist eine Bestandsgarantie für die Brandenburgischen und Berliner Hochschulen?

Und schließlich: Für die Annahme des Vertrages, der die staatsrechtliche Auflösung von zwei Ländern besiegeln soll, wird ein Zustimmungsquorum von 25 % ausreichend sein.

Politisches Kalkül und politischer Widerstand

Die Art und Weise, wie die Regierungen Berlins und Brandenburgs die ange-

strebte Fusion betreiben, läßt darauf schließen, daß sie auf die weitere Sicherung der Positionen der CDU und SPD abgestimmt sind.

Die „große Koalition“ wirft so ihre Schatten weit voraus. Die CDU hat längerfristige Ziele im Auge und könnte nach einer Fusion in dieser Form ihre Anteile bei künftigen Wahlen sichern helfen.

Gleichzeitig wäre aber auch die Zurückdrängung des „roten“ Einflusses sowohl in Brandenburg als auch in Berlin möglich. Siehe nur die Reduzierung der Anzahl der Stadtbezirke!

Nicht verkehrt wäre natürlich auch, wenn der Brandenburger CDU etwas mehr Leben eingeblasen werden könnte, befindet sie sich ja immer noch in einer defizitären Lage.

Die PDS hat sich über die Jahre der Diskussion einer Fusion nie dem grundsätzlichen Gedanken eines Zusammenrückens und einer engeren Zusammenarbeit Berlins und Brandenburgs verschlossen. Sie sagt aber deutlich, daß sie den Fusionsvertrag ablehnt. Brandenburger und Berliner Landesvorstand und auch ihre Fraktionen in Landtag und Abgeordnetenhaus stellen „konstruktive Zusammenarbeit statt Vereinigung um jeden Preis“ an die Spitze ihrer Überlegungen und sagen dem gesamten Projekt Widerstand an. Es bediene mehr die Verwaltungsbürokratie, löse aber nicht die Probleme, die die Menschen in beiden Ländern bewegen.

Es ist nicht der einzige Widerstand, der sich gegen diese Fusion regt. Die Berlin-Brandenburger Partei „Bürgerbund“ klagte vor dem Landesverfassungsgericht gegen die Fusion. Aber auch andere Kreise machen gegen die Fusion mobil.

Diese fürchten mehr eine „Ver-Ostung“ Berlins, sprich West-Berlins, was nur noch einmal deutlich macht, wie wichtig eine bürgernahe und demokratische Fusion wäre, wie sie die PDS fordert. — (abe)



Etwa 500 Kommunalpolitiker, Bürgermeister und Landräte aus ganz Mecklenburg-Vorpommern demonstrierten am 5. April vor dem Landtag in Schwerin gegen ein sogenanntes „Finanzausgleichsgesetz“ der großen Koalition von CDU und SPD in Mecklenburg-Vorpommern, das den Anteil der Gemeinden am „Fonds Deutsche Einheit“ von bisher 40 Prozent auf künftig 28 Prozent der auf das Bundesland entfallenen Mittel kürzen soll.

Aufgerufen zu der Aktion hatten die kommunalen Spitzenverbände, nachdem ihre Vorstellungen für das Gesetz abgelehnt worden waren. Sie forderten, den Kommunen mindestens 400 Millionen DM mehr zur Verfügung zu stellen, um die unabwägbaren Mehrbelastungen der Kommunen bezahlen zu können. Von den Landtagsparteien unterstützte lediglich die PDS die Kommunalpolitiker. — (rül, Bild aus: ND)



Der Kampf um den Boden im Osten geht weiter

Wolfgang Jahn über die Bildung von „Interessengemeinschaften zum Schutz der Bodenreform“

Die Auseinandersetzungen um das Eigentum und die Nutzung des Bodens in Ostdeutschland währen nunmehr bereits über fünf Jahre, und noch ist ihr Ende nicht absehbar. In ihnen dokumentiert sich der Zusammenprall zweier unterschiedlicher Wertesysteme. Zu den wichtigsten westlichen Werten der Sieger gehört das Recht auf Eigentum, besonders hervorgehoben das Recht auf Bodeneigentum und die damit verbundenen Spekulationen und Wucherungen. Zu den wichtigsten östlichen Werten der Unterlegenen gehörte das Recht auf Besitz und damit verbundene Nutzungsrechte. Die Auseinandersetzungen dauern an, weil die „Ossis“ auf ihre vermeintlich „mindere“ Rechte nicht verzichten wollen, sich in ihrer Undankbarkeit keineswegs nur beglückt von den Segnungen der Rechtsordnung des Westens fühlen. Das betrifft die Hausbesitzer, die zu DDR-Zeiten zwar nur Gebäudeeigentum und kein Eigentum am Grundstück, dafür aber ein dauerhaftes Nutzungsrecht für wenig Geld besaßen, und nun für viel Geld — zum halben Verkehrswert — den Boden kaufen dürfen. Das betrifft die Besitzer von Erholungsgrundstücken, die in Sorge sind, diese „Datschen“ über kurz oder lang durch nicht mehr bezahlbare Nutzungsgebühren zu verlieren. Und das betrifft nicht zuletzt all jene, die Bodenreform Eigentum haben oder nutzen. Von letzteren soll hier die Rede sein.

Beim Bodenreform Eigentum geht es aktuell um zweierlei: Zum einen um rund 2,3 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche, die von der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH als sogenannte „Treuhandsflächen“ des einst volkseigenen Bodenfonds zugunsten der Finanzen des Bundes verwertet werden sollen; zum anderen um Bodenreformgrundstücke im Besitz hunderttausender kleiner Leute, die zugunsten des jeweiligen Landesfiskus geschröpft werden sollen.

Die erste Kategorie fällt unter das Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz, daß der Bundestag im September 1994 — nachdem zwischenzeitlich der Vermittlungsausschuß tätig werden mußte — endgültig verabschiedete. In einer Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion war damals zu lesen: „Durch die zähe Verhandlungsführung der SPD-Seite wurde erreicht, daß alle ostdeutschen Landwirte gleichberechtigte Erwerbsmöglichkeiten haben: Jetzt können am Siedlungskauf nicht nur Wieder- und Neueinrichter, sondern auch juristische Personen und ihre wirtschaftenden Gesellschafter teilnehmen.“ Auch das SPD-regierte Brandenburg feierte lautstark den Kompromiß. Allerdings vergaß man zu erwähnen, daß die SPD noch in ihrem Wahlprogramm die Forderung erhob: „Keinerlei Verknüpfung von Entschä-

digung und Bodenverwertung“. Zumindest in diesem Punkt also es war bereits vor der Bundestagswahl nur noch Makulatur, denn das genannte Gesetz ermöglicht es den durch die Bodenreform Enteigneten und deren Erbeserben, für den finanziellen Ausgleich zur Wiedergutmachung der Enteignungen von 1945 bis 1949 sehr billig Land zu erwerben, nämlich zum 3-fachen Einheitswert von 1935. Damit wurde mit formaljuristischen Tricks das Restitutionsverbot des Einigungsvertrages und Grundgesetzes zumindest teilweise umgangen. Die SPD wurde so zugleich, wie der PDS-Vorsitzende und Fraktionschef im brandenburgischen Landtag, Lothar Bisky, formulierte, „mit zum Totengräber des DDR-Grundstücksübertragungsgesetzes“, das laut Einigungsvertrag fortgeltendes Recht darstellt. Insbesondere weil der von der SPD verteidigte Kompromiß nur formal die Gleichbehandlung von Gemeinschaftsunternehmen und Einzelbetrieben sichert. Wenn eine Genossenschaft mit beispielsweise 30 Bauern nicht mehr Land erwerben kann als ein Familienbetrieb, dann ist das tatsächlich Ungleichbehandlung. Letztlich sieht der SPD-Erfolg so aus, daß die ostdeutschen Bauern den Boden, den sie seit Jahrzehnten bewirtschaften und in Kultur gebracht haben, der für sie und ihre Familien die Existenzgrundlage bildet, kaufen müssen. Aber bei weitem nicht den ganzen, denn die Alteigentümer sind ja auch zu bedienen. Sie werden also dazu verdammt, auf ewig für einen Großteil ihrer Flächen Pacht an die neuen „alten“ Großgrundeigentümer zu entrichten. Obwohl die Durchführungsverordnung zum Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz erst im Juni dem Bundesrat vorliegt, ist der Entzug von Land zu Lasten der Agrarbetriebe Ost bereits im vollen Gange.

„Interessengemeinschaft zum Schutz der Bodenreform“

Ausgerechnet im SPD-regierten Brandenburg bildete sich in der Uckermark eine „Interessengemeinschaft zum Schutz der Bodenreform“. Ihr gehören sowohl Wieder- und Neueinrichter von bäuerlichen Familienbetrieben, Personengesellschaften und LPG-Nachfolgeunternehmen wie auch Nicht-Landwirte, die Eigentümer von Bodenreformland sind, an. Die Gründung erfolgte, weil die Bauern kein Vertrauen mehr zu den Versprechungen der Landesregierung haben. Sie setzen sich mit diesem Schritt gegen formaljuristisch bereits vollzogenen und noch zu erwartenden Landentzug zur Wehr.

Unmittelbarer Anlaß für diese Initiative war u.a. eine Entscheidung der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH zugunsten von Michael Graf von

Arnim, Nachkomme eines im Zuge der Bodenreform enteigneten Großgrundbesitzers. Die betroffenen Bauern haben diese Entscheidung nicht hingenommen, sondern die ihnen formal-juristisch nicht mehr gehörenden Flächen einfach wiederbestellt. Sie wollen — sollte es zu einem Prozeß kommen — solidarisch (auch hinsichtlich der Kosten) zusammenstehen.

Ihre Argumente sind einleuchtend. Im Falle des Grafen Arnim soll ein reiner Marktfuchtbetrieb entstehen, damit würde weitere Tierproduktion verschwinden, würden Menschen ihre Arbeit und ihr Einkommen verlieren. Sie machen weiter geltend, daß ihnen nicht nur Produktionsfläche, sondern die „Filetstücke“ entzogen werden und damit ihr eigenes Betriebskonzept, für das sie nicht wenige Kredite aufgenommen, undurchführbar, also die Existenz ihrer Unternehmen zur Disposition gestellt wird.

Sie fordern deshalb, daß die Landesregierung ihrer Verantwortung für die Entwicklung der Region und der Arbeitsplätze gerecht wird und der BVVG das Handwerk legt. Zugleich wissen sie, daß sie allein auf ziemlich verlorenem Posten stehen. Deshalb wollen sie ihre Aktivitäten nicht auf die Uckermark beschränken, sondern streben eine ostweite Vernetzung an.

Wie wichtig Solidarität ist, zeigt die Reaktion der BVVG. Ihr Geschäftsführer Dr. Müller — übrigens auch SPD — schickte einen erpresserischen Brief, in dem er für den Fall der Nichtherausgabe der Flächen an den Grafen die Kündigung der bereits geschlossenen langfristigen Pachtverträge, denn Verlust der Ausgleichszahlungen der EU und anderer Fördermittel sowie gerichtliche Konsequenzen androhte.

Daß das kein Einzelfall ist, bestätigt auch ein derzeit in Fürstenwalde laufendes Gerichtsverfahren, basierend auf einer Klage der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (also der Treuhand-Nachfolgeeinrichtung) gegen einen Agrarbetrieb aus dem Kreis Märkisch-Oderland auf Herausgabe von 250 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Auch dieser Betrieb gibt die Flächen nicht heraus. Sein Geschäftsführer nennt den Landentzug „Wildwest in Ostdeutschland“ und betont: „Jeder Hektar ist mit Tausenden Mark belastet, denn wir haben in den Boden investiert, nämlich melioriert. Entweder wir können ihn behalten oder wir müssen entschädigt werden“. In seinem Fall steht die Existenz des Betriebes zwar nicht auf dem Spiel, aber sein Unternehmen gibt 240 Menschen Arbeit, und das soll so bleiben. Groß die Betroffenheit und Empörung unter der Zuhörerschaft, als der Rechtsanwalt der Klägerin erklärte: Ihm liege die schriftliche Zustimmung von Minister Zimmermann (SPD) vor.

Hunderttausende Landstücke werden eingezogen

Die zweite Kategorie sind Menschen, die laut Grundbuch Eigentümer von Land aus der Bodenreform sind, aber am 15. März 1990 nicht in der Landwirtschaft tätig waren. Ihr Land wird gemäß dem 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz zugunsten des jeweiligen Landesfiskus einbezogen.

So schilderte ein junger Mann aus Sachsen, der 1991 auf seinen 7 Hektar Bodenreformland eine Baumschule einrichtete, daß der CDU-regierte Freistaat von ihm 100000 DM haben will. Nur dann könne er das Bodenreformland behalten. Solche Fälle gibt es zu Hunderttausenden.

Das Makabre hieran ist, daß man der untergegangenen DDR vorwirft, sie hätte ihren Leuten alles weggenommen. Tatsache ist jedoch, daß die DDR besonders in den 80er Jahren „großzügiger“ wurde und den kleinen Leuten im Gegensatz zu früheren Jahren das Land beließ.

Hier stellt sich die Frage, warum die auf Privatisierung fixierte SPD bisher keine Initiative etwa folgender Art ergrieff: Lieber Herr Bundeskanzler, Sie haben wiederholt bedauert, daß die Menschen im Osten in 40 Jahren Diktatur kaum privates Vermögen bilden konnten. Geben Sie als kleinen Ausgleich den Hunderttausenden das Bodenreformland zurück, das sie in der DDR bei Ausscheiden aus der Landwirtschaft in den 50er, 60er und teils noch 70er Jahren an den Bodenfonds zurückgeben mußten. Dann hätte man breitgestreutes Eigentum, was an die Agrarbetriebe verpachtet oder verkauft werden könnte. Das wäre ein Stück Wiedergutmachung für sogenanntes DDR-Unrecht. Dann wäre der Grundsatz, die Bodenreform ist nicht rückgängig zu machen, unwiderruflich gesichert, denn dann gäbe es viel weniger Treuhandsflächen als Objekt der Begierde (im Prinzip nur Staatsland der einstigen volkseigenen Güter). Die Bodenreform-Enteigneten müßten sich mit der Ausgleichsleistung in Geld zufriedengeben.

Im übrigen gäbe es dann heute auch nicht das Problem, daß von kleinen Leuten Bodenreform-Eigentum zugunsten des Landesfiskus eingezogen werden muß.

Aber das ist nur ein Gedankenspiel, denn soweit geht die Ost-Interessenvertretung der zur politischen Klasse zählenden Parteien — auch der „Volkspartei“ SPD — nicht. Deshalb bleibt der außerparlamentarische Kampf unverzichtbar.

Wolfgang Jahn ist Leiter der AG Agrarpolitik und ländlicher Raum beim Bundesvorstand der PDS.

Deutsche Atommacht-Ambitionen

Von Lühr Henken. Aus: „Schrägstrich“, Zeitschrift für bündnisgrüne Politik, Nr. 3/4-95

Vom 17. April bis zum 12. Mai 1995 wird in New York über die Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages verhandelt. Die Bundesregierung bescheinigt sich eine positive Schlüsselrolle. Was ist dran am Selbstlob?

Mitte Februar debattierte der Bundestag über den Atomwaffensperrvertrag (NPT). Gemäß der NATO-Beschlußlage wurde von einer „Großen Koalition“ aus CDU/CSU, FDP und SPD ein Antrag verabschiedet, der die Bundesregierung auffordert, auf eine „unbefristete und unkonditionierte Verlängerung“ des NPT hinzuwirken. Die *Süddeutsche Zeitung* meldete am 17. Februar 1995: „Nach den Worten Kinkels hat Deutschland bei den Bemühungen um eine Fortdauer des Vertrages eine Schlüsselrolle: ‚Unser Verzicht auf Herstellung und Erwerb von Massenvernichtungswaffen macht uns besonders glaubwürdig.“

Diese selbst ausgestellte Glaubwürdigkeitsbescheinigung erweist sich bei näherem Hinsehen als Scheinheiligkeit. Die letzte deutsche völkerrechtliche Verzichtserklärung im „2+4-Vertrag“ von 1990 bekräftigt lediglich die bis dahin abgegebenen Erklärungen:

1. Den WEU-Verzicht Adenauers von 1954. Er gilt nicht generell, nur gegenüber den Staaten der Westeuropäischen Union. Verzichtet wurde lediglich auf die Produktion kompletter Atomwaffen auf deutschem Boden. Nicht verzichtet wurde auf den Erwerb oder Besitz von Atomwaffen oder deren Herstellung im Auftrag der BRD auf dem Gebiet eines anderen Staates sowie auf eine deutsche Atomwaffenforschung. Der WEU-Vertrag läuft 1998 aus.

2. Die Erklärung der SPD/FDP-Regierung bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum NPT 1975, wonach „keine Bestimmung des Vertrages so ausgelegt werden kann, als behindere sie die weitere Entwicklung der europäischen Einigung, insbesondere die Schaffung einer Europäischen Union mit entsprechenden Kompetenzen.“

Das heißt im Klartext: Deutschland hält sich — wohlgeachtet mit Unterstützung der SPD — die Beteiligung an einer europäischen Atombombe offen. Einer-

der markantesten Belege dafür ist eine Äußerung des jetzigen außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Karl Lamers, aus dem März 1991: „Wenn wir eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik schaffen, müssen die nuklearen Waffen einbezogen werden. Und wenn diese Politik wirklich eine gemeinsame ist, dann heißt das natürlich auch, daß die Deutschen ein Mitwirkungsrecht bekommen müssen.“ Die Parlamentarische Versammlung der WEU hat der *Neuen Zürcher Zeitung* zufolge dem Ministerrat im Juni '94 empfohlen, „daß eine Studiengruppe die Zukunft einer eigenständigen, europäischen Nuklearabschreckung, und zwar unter Einbeziehung von Deutschland, abkläre.“ (NZZ 18.6.94)

Bündnis 90/Die Grünen wollen hingegen die Atomwaffen abschaffen und beantragen darum die Aufnahme eines Atomwaffenverzichts ins Grundgesetz. Damit soll Deutschland als „internationaler Zivildienstleister“ eine Vorreiterrolle bei der Denuklearisierung übernehmen.

Geheimniskrämerei

Das Plutoniumlager in Hanau ist eine weitere Glaubwürdigkeitslücke Kohl-Kinkelscher Politik: Die Bundesregierung gab auf Anfrage zu, daß sich dort „ca. 2 Tonnen Plutonium“ befinden (Drucksache 12/7472 vom 2.5.94). Und weiter: „Detaillierte Angaben über Art und Menge der in staatlicher Verwahrung befindlichen Kernbrennstoffe unterliegen aus Sicherheitsgründen der Geheimhaltung.“ Was sind das für Sicherheitsgründe? Etwa Angst vor dem Volk oder dem Ausland? Die Bundesregierung muß die Geheimniskrämerei aufgeben und anbieten, den Lagerinhalt dem Eigentums- und Verwaltungsrecht einer internationalen Behörde zu unterstellen.

Angeht die Tatsache, daß zu den fünf im Atomwaffensperrvertrag definierten Atommächten mit Israel (bis 200 Atombomben), Indien (bis 50) und Pakistan (bis 20) faktisch drei Staaten hinzugekommen sind, ohne ihn unterzeichnet zu haben, und Fachleute 40 bis 50 Län-

dern momentan zutrauen, Atomwaffen herzustellen, ist der Bundestagsbeschluß zu begrüßen, eine „weitere Stärkung der Verifikationsmöglichkeiten zu erreichen“. Der NPT ist derzeit unverzichtbar.

Die Entscheidung US-Präsident Clintons, keine über die Umsetzung der START-Verträge im Jahre 2003 hinausgehenden „umfassenden neuen atomaren Abrüstungsinitiativen“ zu planen (FAZ vom 24.9.94), ist jedoch ein Vertragsbruch. Artikel VI des NPT verpflichtet jede Vertragspartei, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen (...) zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung.“ Diese Mißachtung des NPT durch alle Atommächte ist der Hauptgrund, weshalb sich an die 100 Staaten einer unendlichen Verlängerung des NPT widersetzen. Sie befürchten zurecht eine Zementierung des Atomwaffenbesitzes der Großen.

Während sich die USA und die Sowjetunion Anfang der 60er Jahre darauf verständigt hatten, die Proliferation (Weitergabe von Atomwaffen) einzuschränken, fühlte sich die Bundesrepublik von der Nuklearteilhabe ausgeschlossen. So kämpfte sie hinter den Kulissen verbissen für die atomare Beteiligung in der NATO und für die „europäische Option“. Das massive Betreiben der Bundesregierung bescherte dem NPT einen Artikel IV, der nicht nur die Duldung, sondern gar die Förderung der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie fest schreibt. Das führte zu derzeit weltweit ca. 900 Atomanlagen, wovon nur etwa die Hälfte der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde unterliegen. Allein die aktuelle Debatte um den AKW-Bau Buschir im Iran zeigt, daß es keine „friedliche“ Nutzung der Atomenergie gibt, denn bei jedem AKW-Betrieb fällt Plutonium an. Durch Abtrennung und Wiederaufarbeitung werden so jährlich „zivile“ 70 t waffenfähiges Plutonium erzeugt. In 15 Jahren wird es etwa 2000 t „zivil“ Plutonium geben. Fünf kg davon reichen für einen Sprengkopf. Folglich darf die „friedliche Nutzung“ der Atomenergie nicht länger vertraglich gefördert werden. Der NPT bedarf diesbezüglich einer Reform. Auf Abtrennung und Wie-

deraufarbeitung von Plutonium muß nicht nur in Deutschland, sondern weltweit verzichtet werden. Das heißt nach wie vor: sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie, keine MOX-Anlage in Hanau und keine Forschungsanlage in Garching.

Der Autor ist einer der SprecherInnen der BAG Frieden & Internationales von Bündnis 90/Die Grünen.



TERMINE

22.4.: Europa-Konferenz der VSP: Entwicklung der EU und Perspektiven der Neuformierung der europäischen Linien. 12 bis 19 Uhr, Jugendgästehaus Köln-Riehl, An der Schanz 14, Köln.

12.5.: Frühjahrstagung der GNN-Verlage in Köln, ab 13 Uhr.

14.5.: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Bürgerschaftswahlen in Bremen

26.5.-28.5.: 5. Bundestreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in der BRD, Darmstadt. Anmeldung und Rückfragen: Netzwerk Cuba, Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. 0228/251505

27.7.-30.7.: Sommerschule in Schnepfenthal. Beginn am Donnerstag, 27.7., um 13 Uhr, voraussichtliches Ende am Sonntag, den 30.7., gegen 12 Uhr.

13.10.: Arbeitskreis Politische Berichte, Köln

13.10.-14.10.: Herbsttagung der BWK-Bundeskonferenz, Köln

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte,
50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-

Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 621532.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (bellegen) zum Kennenlernen.

Name:

☐ Im Halbjahres-/Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)

Straße:

☐ Im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).

Postleitzahl/Ort:

☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Konto-Nr./BLZ:

..... (Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

Die Kriegsziele der Nazis und die Optionen des wiedervereinigten Deutschlands

Kontinuitäten und Unterschiede in der Expansionsstrategie des deutschen Imperialismus

In der Auseinandersetzung um die Bewertung des II. Weltkrieges, die anlässlich des Jahrestages der Befreiung der Welt von deutschen Nationalsozialismus laufen, spielen die Kriegsziele des Nationalsozialismus und ihre Ideologisierung durch die Hitlerpropaganda fast keine Rolle. Wir haben es deswegen für nötig gehalten, einen Einblick in die damalige Stimmungslage zu ermöglichen durch ausführliche Dokumentation aus der Suada, die Adolf Hitler auf seine Getreuen losließ (siehe unten).

Worin bestanden die Kriegsziele der Nazis? Hat es einen Grund, daß darüber heute nicht mehr gesprochen wird? Kommt man dem Grund näher, wenn man dem im Ausland fast schon geflügelten, bitteren Wort nachgeht, Deutschland habe die Ziele des Krieges durch die Niederlage und fünfzig Jahre des Friedens erreicht? Was spricht für die Befürchtung, die aggressiven Grundtöne, die in der deutschen Außenpolitik immer deutlicher hörbar werden, folgten aus der Interessenlage, Eroberungen, die mit „friedlichen“, marktüblichen Mitteln gewonnen wurden, mit allen Mitteln abzusichern und auszubauen?

Kriegsziel der Nazis war die deutsche Hegemonie in einem von der Weltwirtschaft autarken Europa. Dies hätte der Konzernwirtschaft großen Stils ein politisch gesichertes Feld geschaffen. Die Autarkie bei der Versorgung mit landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffen sollte durch dauerhafte Kolonisierung der östlichen Nachbarn erreicht werden. Ein Selbstzweck war die Autarkie nicht, es ging um eine sichere Basis im Kampf um Weltgeltung.

Die Mobilisierung, die den Nazis gelang, beruhte auf materiellen Versprechungen an die damals so bezeichneten Volksgenossen. Dem seinerzeit noch viel größeren Anteil der Landbevölkerung wurde ein Leben als Gutsbesitzer in Aussicht gestellt. Der industriellen Bevölkerung wurden sichere Rohstoffquellen durch Eroberung, sichere Absatzmärkte durch Kolonisierung und Sicherheit vor Wirtschaftskrisen durch

Staatsinterventionen versprochen.

Der werktätigen Bevölkerung in Landwirtschaft und Industrie wurde die Entlastung von der körperlich schweren Arbeit durch Sklavenarbeiter anvisiert, den Kapitalisten ein stetiger Zustrom von Billiglohnkräften aus Kolonien.

Den Gegensätzen des kapitalistischen Lohnsystems wurde die Spitze gebrochen durch die Bestimmung der Deutschen bzw. der germanischen Rasse zu Eigentum und Leitung in Wirtschaft, Verwaltung und Militär. Der Hitlersche Rassebegriff basiert den im europäischen Denken weitverbreiteten und tiefverwurzelten kulturellen Dünkel auf angeblich angeborene Eigenschaften. Die sogenannten Volksgenossen dürfen sich schon wegen ihres Geburtsrechts zu Höherem bestimmt fühlen, die Fremden hingegen sind zu Rohstofflieferanten und Arbeitstieren bestimmt.

Dieser Auffassung der Gesellschaft folgt die Realisierung durch Rassegesetze, durch rassistische Berufsverbote, durch Eroberung und Unterdrückung. Durch das Versprechen an die deutschen Volksgenossen, sie an Herrschaft und Eigentum zu beteiligen und die Realität des Ausschlusses der verfeindeten Anderen konnten für eine gewisse Zeit wirksam Klassegegensätze als Gegensätze von Nationalität, Volkstum usw. ideologisiert werden. Diese Form der Identifikation von politischer und wirtschaftlicher Herrschaft mit dem Deutschtum und von Unterdrückung, Ausbeutung und Vernichtung mit allem Fremden hielt nur kurz und war selbst in diesen kurzen zwölf Jahren verlogen und erschwandelt, aber die Zeit, in der dieser Schwindel eine Herrschaft organisierte, war voll Grauen.

Die kulturelle Homogenisierung wurde zur Bedingung der Herrschaft. Die sozialen Widersprüche konnten auf diese Weise nur dann ideologisiert werden, soweit systematisch alles Fremde aus dem Volkskörper ausgeschieden und in eine andere, untere Welt vertrieben wurde oder der Ausrottung verfiel. Das Germanengerede wurde benutzt, um die westlichen und nördlichen Nachbarn

aufzuweichen, praktisch ging es um deren Assimilation an das Deutschtum, vor allem um die Gewinnung von deren Jugend für die nationalsozialistische Bewegung. Besonders durch den Anschluß an die SS konnten junge Männer sich, germanisch verbrämt, dem Deutschtum anschließen.

Das wirtschaftlich autarke Europa unter der politischen Herrschaft eines Deutschtums, das sich den Osten unterwirft und die Menschen versklavt und jungen Menschen aus den europäischen Nachbarländern auf dem Wege der Assimilierung ans herrschende Deutschtum und die Nazibewegung einfängt — so stellten sich Kriegsziel und Kriegserfolge in der Phantasie der Nazibewegung dar.

Nachdem die Völker der Welt diesem sehr realen Spuk ein Ende machten, müssen wir heute bemerken, daß gewisse Momente der nationalsozialistischen Expansionsstrategie die Niederlage der Nazis überlebten und in demokratisierten politischen Verhältnissen weiter wirkten.

Ähnlichkeiten und Unterschiede: Innenpolitik

Eine Ähnlichkeit von Nazi-Zielen und heutiger Situation läßt sich in der Innen- und Sozialpolitik durch eine politisch abgesicherte und rechtlich durchkonstruierte Entrechtung der Mitbürger aus dem Ausland, von der die Angehörigen der durch Geburtsrecht gefaßten deutschen Kulturnation — zunächst jedenfalls — ausgenommen bleiben.

Die heutige Konstellation hat sich nicht, wie die Nazis es angingen, durch gewaltsame Eroberung, Verschleppung und KZ-System und nackten Terror gebildet, sondern durch Anwerbung und Zuflucht. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Jedoch zeigt ein Blick auf die deutsche Innen-, Sozial-, Ausländer- und Flüchtlingspolitik, daß Zuständen, die zunächst aus dem mehr oder weniger freien Spiel der Wirtschaftskräfte gefolgt sind, ein System staatlicher und öffentlicher Brutalitäten zu ihrer Absi-

cherung nachgefolgt ist.

Heute wird auf diesen Politikfeldern durch tagtägliches Verwaltungsgeschehen den Grund- und Menschenrechten die allgemeine Geltung bestritten. Sie verlieren durch die Praxis der Mißachtung die Eigenschaft eines Bezugspunktes. Das Bewußtsein der Gleichheit des Mitmenschen wird unreal, an seine Stelle kann ein nationales Bezugssystem treten, das den Menschen aus Merkmalen wie Staatsangehörigkeit, Bildung, Kultur, Religion usw. zusammensetzt und als Negativbild den Fremden mit erzeugt. Bei den innerstaatlichen Einrichtungen führt dies zu einer Ablösung des Rechtssystems von menschlichen Grundsätzen. Damit ist eine wesentliche Errungenschaft des Kampfes gegen den Nationalsozialismus gefährdet. Die staatlichen Apparate ziehen sich auf den Standpunkt der bloßen Gesetzmäßigkeit zurück und werden für verwaltemäßig durchorganisiertes Verbrechen gegen die Menschlichkeit einsetzbar.

Auf diesem Boden wuchs die neue rechte Bewegung in der BRD, die bereits in ihrem ersten Aufschäumen so schreckliche Verbrechen erzeugte. Die Gegenkräfte, die diese Entwicklung ausgelöst hat, sind freilich auch bedeutend.

Dennoch müssen wir feststellen, daß die Realität der BRD heute eine völkisch begründete Absonderung kennt und verfestigt, daß in ganzen Arbeitszweigen die schwere Arbeit von Ausländern erledigt wird und daß schließlich das Streben nach Gleichstellung oder wenigstens Verbesserung der Situation mit dem Erfordernis der Integration, besser der Assimilation an das Deutschtum von offizieller Seite aus beantwortet wird.

... und Außenpolitik

In der Außenpolitik und aus der Gestalt der internationalen Wirtschaftsbeziehungen läßt sich eine Sonder- und Vorzugsstellung der deutschen Wirtschaft, nicht nur der deutschen, in der interna-

8.8.41 ... Nimmt man zusammen, was im europäischen Raum — Deutschland, England, nordische Länder, Frankreich, Italien — an Kräften für schöpferischer Gestaltung schlummert, was sind daneben die amerikanischen Möglichkeiten? ...

Gewaltig wird sich auswirken, daß es über das ganze neue Reich weg nur eine Wehrmacht, eine SS, eine Verwaltung gibt!

14.9.41 Ich habe dem Reichsführer SS Weisung gegeben, falls einmal mit inneren Unruhen zu rechnen sein sollte, alles aus der Welt zu räumen, was sich in den Konzentrationslagern findet, damit ist der Masse die Anführerschaft genommen ...

18.9.41 Der Kampf um die Hegemonie in der Welt wird für Europa durch den Besitz des russischen Raumes entschieden; er macht Europa zum blockadefestesten Ort der Welt. Es sind das wirtschaftliche Perspektiven, die den liberalsten westlichen Demokraten der neuen Ordnung geneigt machen werden. Jetzt müssen wir es durchbeißen. Das übrige ist eine Frage der Organisation ... Der Slawe ist eine geborene Sklaven-Masse, die nach dem Herrn schreit ... Der deutsche Bauer hat den Trieb weiterzukommen, er denkt an seine Kinder, ein ukrainischer Bauer aber wird nicht nach dem Imperativ der Pflicht handeln ... Die nordisch-germanische Rasse hat den Staatsgedanken geboren und dadurch verwirklicht, daß sie dem einzelnen Zwang antut, sich in ein Ganzes zu fügen ... Die slawischen Völker hingegen sind zu einem eigenen Leben nicht bestimmt. Das wissen sie, und wir dürfen ihnen nicht einreden, sie könnten das auch ... Rechristianisierung wäre der größte Fehler, denn das wäre Wiederorganisation. Ich bin auch nicht für eine Universität in Kiew. Wir bringen ihnen das Lesen besser nicht bei. Sie lieben uns gar nicht, wenn wir sie mit Schulen quälen; es wäre schon falsch, sie auch nur

auf eine Lokomotive zu stellen. Wir haben auch keinen Grund, mit einer Neuverteilung des Bodens anzufangen. Die Eingeborenen werden künftig aber weit besser leben als jetzt. Wir finden in ihnen die Menschen zur Bearbeitung des Bodens, der uns heute abgeht ... Für die deutsche Jugend wird das ein Gebiet sein, wo sie sich vorarbeiten kann. Dänen, Holländer, Norweger, Schweden nehmen wir mit herein. Für den deutschen Soldaten haben wir die Übungsplätze, für die Luftwaffe die von ihr benötigten Räume ...

23.9.41 Nein, geographisch geht Asien in Europa ohne natürliche Abscheidung über. Die Grenze wird da sein, wo sich das germanisch-deutsche Volkstum vom slawischen scheidet; sie dorthin zu legen, wo wir sie wünschen, ist unsere Aufgabe ... Wenn einer fragt, woher wir das Recht nehmen, den germanisch-deutschen Raum nach Osten auszuweiten: Die Erkenntnis an sich trägt in sich bereits das Recht dazu. Wenn hier einer was wagt und es gelingt ihm, so gesteht ihm alle Welt zu, er habe recht gehabt. Es ist das eine Frage, die einzig in der Wirklichkeit entschieden wird.

25.9.41 Was für ein gefährliches Menschenreservoir ist dieses Asien! Eine Sicherung Europas ist denkbar nur unter der Voraussetzung, daß wir die europäische Grenze bis zum Ural vorschieben. Westlich von ihm darf ein organisierter russischer Staat nicht mehr bestehen! Denn diese unheilbringende Sturheit ist nicht das Produkt des Bolschewismus ... sondern sie ist in der Eigenart des Menschen begründet, eine Gefahr, die sich noch verstärkt, wenn der Raum mongolisiert wird ... Da es gegen diese Völkermasse eine natürliche Abscheidung nicht gibt, brauchen wir einen Ostwall, und der muß aus lebenden Menschen bestehen. Ein dauernder Grenzkampf im Osten schafft ein festes Geschlecht und hindert uns, in die

Weichheit einer rein auf Europa gegründeten Staatswelt zurückzusinken ...

Das Land, das wir uns jetzt erschließen, ist für uns nur Rohstoff-Quelle und Absatzgebiet, nicht ein Feld für industrielle Produktion ... Der Bauer jagt am wenigsten Ideologien nach. Biete ich ihm im Osten Boden an, so wird ein Strom von Menschen dahin aufbrechen, denn schön ist für den Bauern die Landschaft, die viel bringt ... Wir werden nicht mehr in Ostasien eine aufnahmefähigen Markt suchen brauchen: hier ist unser Markt, wir brauchen ihn uns bloß zu sichern ... Ich sehe da die größten Möglichkeiten für den Ausbau eines starken Reiches, einer wirklichen Weltmacht. Mein Plan: uns überall, wo es sich gibt, zu beteiligen; in allem aber, was lebenswichtig ist, uns auf den eigenen Raum auszurichten und die mit uns arbeitenden Länder in die Gemeinschaft aufzunehmen, in der sie teilhaben an dem, was dieses Gebiet uns abwirft. Alle Maschinen-Lieferung, auch des Auslands, aber läuft durch ein deutsches Kontor, das darüber wacht, daß ohne Not kein Produktionsmittel abgegeben wird ...

13.10.41 Ich habe mir in diesen Tagen gedacht, ob man nicht doch die Wirtschaftsführer von Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Belgien, Schweden und Finnland zusammenrufen sollte, um ihnen ein Bild zu geben von den neuen Wirtschaftsmöglichkeiten? ...

25.10.41 Vor dem Reichstag habe ich dem Judentum prophezeit, der Jude werde aus Europa verschwinden, wenn der Krieg nicht vermieden bleibt. Diese Verbrecherrasse hat die zwei Millionen Toten des Weltkrieges auf dem Gewissen, jetzt wieder Hunderttausende. Sage mit keiner: Wir können sie doch nicht in den Morast schicken! Wer kümmert sich denn um unsere Menschen? Es ist gut, wenn uns der Schrecken vorausgeht, daß wir

das Judentum ausrotten. Der Versuch, einen Judenstaat zu gründen, wird ein Fehlschlag sein ...

26.10.41 Die nationale und politische Unabhängigkeit ist ebenso bedingt durch die Autarkie wie durch die Wehrkraft ... Was die Gestaltung unserer Zukunft angeht, so können wir unbesorgt sein. Ich hinterlasse nicht nur die stärkste Wehrmacht, sondern eine Partei, die das gefährlichste Wesen der Weltgeschichte sein wird.

2.11.41 Unsere Sprache wird in hundert Jahren die europäische Sprache sein. Die Länder des Ostens, des Nordens wie des Westens werden, um sich mit uns verständigen zu können, unsere Sprache lernen ...

11.12.41 ... Europa reicht, so weit als der nordisch-germanische Geist geht ... Den Ureinwohnern geben wir, was sie brauchen: reichlich zu essen und Fusel zu trinken. Wenn sie nicht arbeiten, kommen sie in ein Feldlager, wo sie das nicht haben ...

29.12.41 Wie kommen wir dazu, mehr Kohle zu fördern? Wie stellen wir es an, mehr Erz zu haben? Durch die Hereinnahme russischer Menschen müssen wir uns eine Konzentrierung deutscher Menschen ermöglichen. Es ist nützlich, ich lerne einen Russen an, als ich versuche es mit einem Südtaliener, der mir nach sechs Wochen guten Tag sagt. Soviel unintelligent ist der Russe schließlich auch nicht ... Mit Hilfe des Riesenmenschenmaterials — ich schätze zweieinhalb Millionen arbeitsfähige Russen — wird sich der Bedarf an Werkzeugmaschinen in absehbarer Zeit befriedigen lassen ...

1.1.42 Ich bin dafür, daß Tunnel und ähnliches jetzt mit Gefangenen im Krieg gebaut werden. Alles, was mit reinen Aufschütтарbeiten zusammenhängt, kann jeder Affe machen. Ich halte sie für einen Mißbrauch der deutschen Arbeitskraft.

tionalen Arbeitsteilung konstatieren, die durch internationale Abkommen gesichert wird.

Ähnlich wie sich in der Innenpolitik eine Ablösung des Rechts von Grundsätzen der Menschlichkeit feststellen läßt, tut sich auch in den internationalen Beziehungen eine neue Kluft auf. Waren nämlich die internationalen Institutionen, die sich fast alle dem Kampf der Anti-Hitler-Koalition verdanken, durch die Ansicht verbunden, daß alle durch Kolonisierung und Aggression gequälten Völker ein Recht auf Selbstbestimmung und eine Chance auf Entwicklung haben müssen, so ist da nach dem Zerfall des realen Sozialismus im östlichen Europa ein Wandel eingetreten. Die Staaten, die von der internationalen Ordnung im Wortsinne profitieren, kommen vom Entwicklungsgeanken ab, besonders die neue BRD wendet sich rasant einer bedenkenarmen Macht- und Nützlichkeitspolitik zu. Es geht nicht einmal den Worten nach mehr um die Garantie von Rahmenbedingungen für Selbstbestimmung und Entwicklung, sondern um den Nutzen der Nutznießer des Status quo. Der gemeinsame Bezugspunkt der wechselseitigen Anerkennung des Anspruches auf Entwicklung verschwindet. Es geht immer mehr darum, durch Einsatz von internationalen Institutionen die Benachteiligten in der Situation der Benachteiligten festzuhalten.

Es wäre einzuwenden, daß die Berufung auf Menschenrechte und Entwicklungschance stets bloß eine Phrase der großen Mächte gewesen sei. Aber auch eine Phrase ist nicht ohne Wirkung. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß die staatliche Existenz der realsozialistischen Länder den Hang der kapitalistischen Länder zum Einsatz extremer Mittel gedämpft hat. Die Drohung mit dem wirtschaftlichen Untergang konnte nicht so unverfroren eingesetzt werden, wie es seither wieder geschieht, sei es innenpolitisch, sei es aber auch durch internationale Institutionen zur Disziplinierung ganzer Länder.

In der deutschen Außenpolitik werden unter dem Dach der internationalen und der europäischen Organisationen nationalistische Züge erkennbar. Damit ist gemeint, daß in der deutschen Außenpolitik der gemeinsame Bezugspunkt mit Partnern und Nachbarn schwindet. Man folgt naheliegenden Interessen.

Unverkennbar geht die Bundesrepublik im Verhältnis zu den Nachbarn im Osten zu einer Schutzmachtpolitik über. Ein Merkmal hiervon ist die bei-

nahe schon groteske Rechtsbeugung, durch die sich der BRD-Staat in die Lage versetzt hat, Interventionskriege zu führen. Ein anderes Merkmal liegt beispielsweise in dem Kampf, den die bundesdeutsche Diplomatie in allen europäischen Gremien gegen das Konsensprinzip und für Mehrheitsentscheidungen führt.

Als interessantes Beispiel der normativen Entwicklung kann Bundespräsident Herzog herangezogen werden, gerade weil er sich moderat gibt.

In einer Rede, die er auf dem Weltwirtschaftsforum im Januar in Davos hielt, dreht er sich in wenigen Sätzen aus der demokratischen Orientierung in Kategorien des Nutzens:

„Worum es heute geht, ist das Bauen an einem internationalen politischen System, das zur Formulierung gemeinsamer Ziele und zur Lösung von Problemen fähig ist, die nur auf globaler Ebene lösbar sind. Deutschland ist zur Mitarbeit bereit.“

Auch die Manager unter Ihnen haben, wie ich meine, ein eigenes Interesse an einer solchen institutionellen Innovation. Die globalisierten Märkte brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, ein Gefüge nationaler und internationaler Institutionen und Rechtsnormen. Wo sie fehlen, werden Verträge nicht erfüllt, Zahlungen nicht geleistet, Gewinne nicht repatriert, Kommunikationen nicht übermittelt, Eigentumsrechte nicht gesichert.“

Was heißt das in einer Situation, in der sich immer mehr bestehende Verträge als ungleiche und ungerechte Verträge darstellen, in der ganze Länder an Zahlungsverpflichtungen ersticken, die Gewinne der Weltwirtschaft in wenigen Hochburgen zentralisiert werden, ganze Länder im Anweisungsstil wie Tochtergesellschaften dirigiert werden und ganze Länder wie in Eigentum von Vormächten verwandelt werden?

Es heißt, daß der Verfassungsjurist, der bei Maunz gelernt hat, die Ordnung der Werte verschoben hat. Als Zweck der Übung werden klar als Klasseninteressen des Kapitals zuordnungs-

Forderungen aufgestellt, die Institutionen, das Recht eingeschlossen, geraten in die dienende Rolle.

Herzog spürt diesen Mangel und führt weiter aus: „Oft heißt es, gemeinsame Institutionen seien ohne gemeinsame Zivilisation nicht möglich und eine solche Zivilisation gebe es nicht. Ich schließe mit der These, daß es sie — zumindest weitgehend — doch gibt. Die viel beschworenen ‚clashes of civilisations‘ (Zusammenstöße zwischen Zivilisationen) sind nicht ‚clashes‘ zwischen buddhistischen, christlichen, konfuzianischen, hinduistischen, islamischen und anderen Religionen, sondern zwischen Fundamentalismus und Aufklärung, Dogmatismus und Pragmatismus, zivilisiertem und unzivilisiertem Verhalten innerhalb jeder dieser Kulturen.“ Herzog greift dann auf die goldene Regel — „Was Du nicht willst, daß man Dir tu, das füg auch keinem anderen zu“

zurück und ruft aus: „Beherzigen wir also die goldene Regel, die dem Eigeninteresse und der Moral gleichermaßen entspricht.“

Nun setzt die „goldene Regel“ gleiche Voraussetzungen für die Beteiligten voraus. Hat der „Du“ in dieser Regel nicht die Möglichkeit, dem „Ich“ auf die gleiche Weise heimzuzahlen, entfällt alles. Liegen z. B. sozial begründete Abhängig-

keitsverhältnisse vor, nützt die Berufung auf die Regel den Benachteiligten fast gar nicht. Die Regel bricht sich an der Realität der Ungleichheit. Es kann nun einmal der Lohnabhängige den Arbeitgeber nicht entlassen, und Cuba kann nicht den Welthandel blockieren.

Herzog führt die ehrwürdige goldene Regel auch nur ein, um einen Ersatz zu haben für andere Begriffe wie menschenwürdiges Leben, Freiheit von Hunger, Selbstbestimmung. Der argumentative Rückzug der offiziellen BRD-Politik aus der sozialen Verantwortlichkeit hin auf das — national aufgefaßte und formulierte — Eigeninteresse zeigt an, daß die Befürchtung begründet ist, daß wiedervereinigte Deutschland stelle sich nun darauf ein, die Vorteile, die ihm durch die kapitali-

stische Ordnung der Weltwirtschaft und deren Sieg bei den östlichen Nachbarn zugefallen sind, mit den klassischen Mitteln staatlicher Machtpolitik abzusichern.

Die Befürchtung ist, daß die Methoden, ein Einflußgebiet zu verteidigen, wie es dem wiedervereinigten Deutschland zugefallen ist, sich vielleicht gar nicht so sehr von jenen unterscheiden können, die angewandt wurden, um ein solches Imperium zusammenzurauben.

Hat die Opposition gegen die deutsche Beteiligung an Interventionskriegen, gegen die Militarisierung der Außenpolitik, gegen die Verwandlung von Nachbarstaaten in Einflußgebiete, gegen die Mißachtung des Rechts der Völker auf Entwicklung, hat diese Opposition eine politische Chance, die spontane Entwicklung der Herrschenden zu einer imperialistischen Absicherungs-politik zu stoppen?

Es wäre viel getan, wenn über die Möglichkeit einer so trostlosen Aussicht rechtzeitig gesprochen, eine solche Gefahr rechtzeitig erkannt und ihre Antriebe aus der Welt des Profites, der Repatriierung des Gewinns, der Sicherheit der Anlage, der Rentabilität der Profite bloßgelegt und ihre Theoretiker und Propagandisten bloßgestellt würden. — (maf, scc)

Quellen:

Adolf Hitler, *Monologe im Führer-Hauptquartier 1941-1944*, Knaus-Verlag, Hamburg, 1980

Hans-Peter Schwarz, *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Siedler-Verlag, Berlin, 1994.

Das deutsche Kapital im zweiten Anlauf auf die „Neuordnung Europas“, Teil 1: *Der „Anschluß“ Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39*, GNN-Verlag, Köln, 1988.

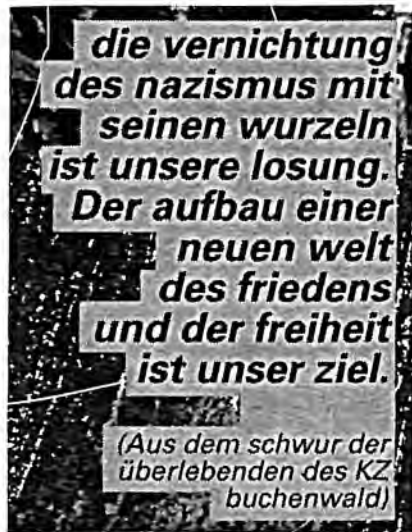
Das deutsche Kapital im zweiten Anlauf auf die „Neuordnung Europas“, Teil 2: *Der faschistische Überfall auf Polen und die Sowjetunion ...*, GNN-Verlag, Köln, 1989.

A. Meurer, H. Vollmer, H. Hochberger, *Die Intervention der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg*, GNN-Verlag, Köln, 1992.

Gegen den DM-Imperialismus. Kritik der Europastrategien von Konzernen, Regierungen und Faschisten der BRD, GNN-Verlag, Köln, 1993.

CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags, *Überlegungen zur europäischen Politik*, Bonn, 1.9.1994

Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog, Davos, 28. Januar 1995



1.13.42 Ich kenne die Tschechen: Das ganze Volk ist schwankend ... Nicht eingreifen, heißt sich eine Katastrophe zuziehen! ... Vor zweieinhalb Jahren mußte ich das erste Mal durchgreifen. Neun Leute sind erschossen worden, zweieinhalbtausend sind ins KZ gekommen. Das Ergebnis war die augenblickliche Wiederherstellung der Ruhe ...

22.1.42 Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir bei einer gleichmäßigen zweihundertjährigen Führung das Nationalitäten-Problem gelöst haben. Mit Ausbruch des dreißigjährigen Krieges war es schon so weit. In den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts schämte sich jeder Tscheche, tschechisch zu reden. Ihr Stolz war, deutsch zu sprechen, und der allergrößte Stolz, für einen Wiener gehalten zu werden ...

22.2.42 Ich kann mir denken, wenn sich ein junger Niederländer, ein Schwede oder Norweger aufrufen sieht, mit den übrigen germanischen Stämmen im Reich eine Einheit zu werden, dann kommt ihm das hart an im Augenblick ... Gegen die ungezählten Millionen der östlichen Welt können wir nur bestehen, wenn die Germanen in Europa sich zu einer Einheit zusammenfinden. Es muß ein Kern dasein, um den sich das übrige Europa anschließt. Haben wir dann Europa fest in der Hand, dann schaffen wir uns unseren afrikanischen Kontinent, und eines Tages, wer weiß, werden wir vielleicht auch anderes finden ...

26.2.42 Rumänien! ... Der rumänische Bauer ist nur ein armseliges Stück Vieh. Das, was sonst in Erscheinung tritt, sind ohne Zweifel nur die miserabelsten Kreise. Der Film „Stadt Anatol“ hat das Milieu dieser balkanischen Petroleumentwicklung wirklich gut geschildert. Leute, die bloß weil unter ihrem Boden zufällig eine Ölader läuft, in den

Besitz einer fließenden Goldquelle kommen, ohne daß sie Arbeit leisten, das ist ganz gegen jede natürliche Ordnung ...

Die Ungarn, das sind die durchkochtesten Nationalisten, die es gibt, und wie schnell sie das Deutschtum absorbieren! Alle führenden Deutschen nehmen sie in ungarische Stellungen herein. Auf die Dauer ist das deutsche Volkstum nur zu halten, wenn wir den Staat unter unsere Gewalt bekommen, oder wir müssen die Deutschen herausheulen ... Alles in allem genommen bin ich persönlich der Meinung, wir müssen die Deutschen herausnehmen, wenn wir mit Ungarn zu einem Frieden kommen wollen. Man überlegt es sich hin und her. Es sei denn, wir wollen die Donau ganz wieder zu einem deutschen Fluß machen, dann müssen wir aber eine andere Politik machen. Eine Lösung wäre, alle Volksdeutschen im Südosten an die Donau zu ziehen ... Wenn ich die eineinhalb Millionen Volksdeutsche in den Osten kriege, dann mache ich eine eineinhalbtausend Kilometer lange Autobahn, die besiedelt ist, wie eine Perlenkette, alle fünfzig bis hundert Kilometer, dazu einige größere Städte ... Aber: Die Donau ist die Donau, wir können sie nie ersetzen. An das Eisene Tor muß man sich hinsetzen, damit es nicht abgesperrt werden kann ... Die Donau gibt die Verbindung mit der Türkei ... Weltpolitik kann erst der machen, der den Rücken ganz frei hat!

27.2.42 In Holland, Dänemark, Norwegen sind Bewegungen in der Hand von Leuten, die lieber Ministerpräsidenten sind von unseren Gnaden als pensionierte Majore oder dergleichen.

Nach Belgien muß ich jetzt einen Mann hinkriegen ... In Seyß habe ich jemanden gefunden, der ebenso gefällig wie freundlich wie im Prinzipiellen unbarmherzig ist ...

3.3.42 Wenn wir je einer der eroberten Provinzen

das Recht geben, sich eine eigene Wehrmacht oder Luftwaffe aufzubauen, dann ist es mit unserer Herrschaft aus. Der Weg der Selbstverwaltung führt zur Selbständigkeit. Mit demokratischen Einrichtungen kann man nicht halten, was man mit Gewalt einst genommen hat ...

8.8.42 Wir haben Heeresgruppen, die sind rein landwirtschaftliche Genossenschaftsunternehmen: Sie versorgen sich mit allem Lebensnotwendigen selbst! Mit den Partisanen gibt es hier einen Kampf wie in den Indianerkämpfen in Nordamerika. Die stärkere Rasse wird siegen, und das sind wir. Unter allen Umständen werden wir das Ordnungskriegern.

Ich kann mir folgendes vorstellen: Das jetzige Geld dürfen wir nicht gelten lassen für längere Zeit. Einmal müssen wir ein neues Geld hier verwenden. Im Herbst müssen wir bei einer Bahnstation auf der einen Seite einen Markt machen, wie ein deutscher Jahrmarkt, und nebenan eine Ablieferungsstelle für Getreide. Es muß da alles geben an Land, was es auch bei uns auf dem Lande gibt. ... Hier muß man zu antiken Prinzipien übergehen, die Stadt (Leningrad, d. Redaktion) muß total dem Erdboden gleichgemacht werden. Ich habe eine solche Wut gehabt, daß die Luftwaffe damals nicht über Kiew hat drüber wollen. Einmal müssen wir es doch machen, denn die Einwohner kommen zurück und wollen von dort aus regieren.

11.8.42 Die deutsche Reichsmark muß eine unangreifbare eiserne Währung haben, die stabilste Währung der Welt ... Wir werden eine eigene Ost-Mark haben. Ist der Umrechnungssatz 1:5, so bekommt einer, wenn er hier herüberreist mit hundert Reichsmark, dafür hundert Ost-Mark. Die Differenz nimmt das Reich ... Die Preise sind verschieden, und sie müssen immer ganz verschieden bleiben, damit wir die Preisniveaus zugunsten des

Reichs ausnutzen und auf diesem Wege unsere Kriegsschulden tilgen können ...

26.8.42 ... Ein Staat wie die Schweiz, der nichts anderes ist als wie eine Eiterbeule an Europa, das kann man nicht einfach gehen lassen! Die Empfindlichkeit der Italiener ist die Empfindlichkeit desjenigen, der einen Minderwertigkeitskomplex, ein schlechtes Gewissen hat. Geographisch werden wir das Mittelmeer nie beherrschen, aber auch die Franzosen werden nach dem Friedensvertrag wenig beherrschen können. Ich hoffe, daß wir einmal die totale Hegemonie kriegen.

Ein Lausetaat wie Schweden, der muß wegge-
fegt werden wie 1848 die Dänen. Aber wir dürfen auch nicht zuviel machen, sonst legen sich unsere Nachkommen ins Bett und fangen an zu schlafen ...

26.8.42 Wenn wir nicht zu einer Großraumbahn kommen, können wir die Flußschifffahrt nie ersetzen ... Die Donau wird einmal eine der größten Verkehrsadern! Man kommt zum Main, zur Oder. Die Erze bringt man so nach dem Herzen Deutschlands hinein; das Manganz kommt das Schwarze Meer, die Donau herauf, desgleichen Öl, Kohlen, Getreide! Das Schwarze Meer ist ein ungeheuer zukunftsreiches Gebiet. Wir müssen sehen, daß wir im Donauraum nie als endgültige Friedensstifter, sondern nur als Schiedsrichter auftreten, und jeden Schiedsspruch müssen wir uns ein bißchen bezahlen lassen ...

25.6.43 Ich habe Pläne von Wien gesehen; dazu wären Reichsmittel notwendig, die ich einer Stadt, die nicht Reichshauptstadt ist, niemals gebe ... Natürlich muß die Stadt baulich saniert werden, die verkommenen Viertel müssen beseitigt werden. Das wird noch alles geschehen. Die Juden habe ich aus Wien schon heraus, ich möchte auch noch die Tschechen hinaustun ...

Dämmerung: Morgenstunde oder Untergang der Sozialutopie?

Zur kritischen Theorie
Max Horkheimers

Nicht formale Erkenntnisgesetze, die im Grunde genommen höchst unwichtig sind, sondern materielle Aussagen über unser Leben und seinen Sinn haben wir zu suchen.“ (Brief Horkheimers an seine Frau, November 1921)

Daß Max Horkheimer derzeit weder in der kritischen, noch offiziellen-akademischen Soziologie und Philosophie diskutiert wird, hat mehrere Gründe. Immerhin sind es die Lebensdaten des am 14. 2. 1895 geborenen und am 7. 7. 1973 gestorbenen Horkheimers, der 100. Geburtstag, die für einen Moment das Interesse an seinen Arbeiten aufflammern lassen. Die wesentlichen Gründe für diese Schwierigkeit, das Werk Horkheimers zu beurteilen, liegen darin, daß er einerseits als Begründer der Frankfurter Schule gelten kann, über Jahre hinweg der Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung war und in Aufsätzen wesentlich den Begriff der „kritischen Theorie“ prägte, daß er andererseits aber nicht — wie seine Freunde und Kollegen Adorno, Marcuse oder Löwenthal — umfangreiche Arbeiten verfaßt hat, die als systematische Hauptwerke gelesen werden können; die einzige Ausnahme bildet hier die „Dialektik der Aufklärung“, die Horkheimer zusammen mit Adorno in den 40er Jahren verfaßte. Nun wird aber gerade dieses Buch entweder als Gemeinschaftsarbeit rezipiert, oder es wird bei zentralen Passagen die Federführung Adornos betont (auch nicht zu Unrecht, wenn man an das Kulturindustrie-Kapitel denkt). Daß die Formulierung der Kernthese einer Dialektik der Aufklärung, die Dialektik von Vernunft und Mythos, in zentralen Aspekten auf Horkheimer zurückgeht, findet weit weniger Beachtung als die Anteile Adornos an diesem Buch.¹

Ein weiterer Grund ist, daß die Arbeiten Horkheimers sich weit weniger als etwa die Arbeiten Adornos mutwillig auf eine Fachdisziplin reduzieren lassen: Horkheimers Theorie bleibt auch von ihrem Gegenstand her in allen Belangen eine kritisch-politische Philosophie und läßt sich nicht etwa zur bloßen Literaturwissenschaft oder Ästhetik degradieren. Und das benennt schließlich den wohl hauptsächlichsten Grund des mangelnden Interesses an Horkheimer: seine Philosophie ist bis zu ihrer religiösen Wendung in den letzten Lebensjahren Horkheimers eine, die es auf Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Zustände anlegt. So hat Horkheimer wie alle kritischen Philosophen es auch verstanden, selbst bei Fachfragen den Gegenstand immer in seiner ganzen gesellschaftlichen Dichte zu erfassen. In einem Aufsatz über „Kants Philosophie und die Aufklärung“ (1962) benennt er das programmatisch: „Philosophie ist sich selbst nicht genug. Sie treibt notwendig weiter zur politischen und sozialen Theorie, zur Interpretation der Realität, wie ihrer Beherrschung mittels der Wissenschaft.“² Damit ist nun nicht eine Möglichkeit des Philosophierens unter mehreren bezeichnet, sondern die einzige, sofern Philosophie beansprucht, auf das gesellschaftliche Geschehen Einfluß zu nehmen. Umso vernichtender fällt deshalb sein Urteil über die Philosophie der 60er Jahre aus: „Aus den Philosophien folgt heute gar nichts mehr, weder für den wissenschaftlich Interessierten noch für den Durchschnittsleser,

ihnen kommt die Funktion gängiger Romane und Filme zu.“³ Und in einem Interview nimmt Horkheimer 1970 scheinbar die gegenwärtige postmoderne Leichtigkeit der Philosophie vorweg, wenn er kritisiert: „Eines Tages wird man auch die Philosophie als eine Kinderangelegenheit der Menschen betrachten. Vielleicht schon in naher Zukunft wird man von dem, was wir mit allem Ernst in diesem Gespräch getan haben, über die Beziehungen von Transzendenz und Relativem spekulieren, sagen, es sei läppisch. Ernsthaftige Philosophie geht zu Ende.“⁴

Was die Diskussion der Horkheimerschen Analysen innerhalb der Linken betrifft, so sind es meist einzelne Sätze, die sich zu gängigen Redewendungen verdichtet haben, wie etwa: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“⁵ Wenn Sätze wie dieser aber nicht im Kontext der Theorie begriffen werden, verlieren sie ihre analytische Dichte und werden schnell zu Floskeln. Nicht vergessen werden darf, daß gerade Artikel wie „Die Juden und Europa“, „Das Ende der Vernunft“ sowie „Autoritärer Staat“, in denen Horkheimer sich mit dem Verhältnis von Kapitalismus und Nationalsozialismus auseinandersetzt, durchaus ihre Problematik haben, was hier kurz zu skizzieren ist: Die kritische Theorie der sogenannten Frankfurter Schule ist nicht zuletzt durch ihre resignative und pessimistische Haltung bekannt geworden, nach der eine gesellschaftsändernde Praxis nicht mehr möglich wäre und allein Theorie noch als Flaschenpost die sozialistische Utopie aufzuheben in der Lage sei. Eine Haltung, die sich in einer zunehmenden Abkehr von frühen marxistischen Positionen zu eher religiösen widerspiegelt; begründet ist diese Haltung durch den „Zweifel, ob die von Marx verlangte Solidarität des Proletariats schließlich zu einer richtigen Gesellschaft führen würde.“⁶ Diese Zweifel sind untermauert durch die Annahme, die gegenwärtige ökonomische Ordnung sei als Monopolkapitalismus zu deuten, das heißt als umfassende Kapitalkonzentration in den Händen weniger, schließlich ein Kapitalismus, der keine inneren Widersprüche mehr kennt und alle Menschen restlos integriert. Horkheimers Rede von der „total verwalteten Welt“ und des „universellen Verblendungszusammenhangs“ illustriert dieses auf der Ebene einer sozialphilosophischen Diagnose. Hier hätte nun eine Kritik anzusetzen: einerseits können die massiven Spannungen und Antagonismen im Kapitalismus nicht übersehen werden; andererseits muß eine kritische Theorie sich sensibel zeigen für die Kämpfe und Widerstände, die im Kleinen stattfinden. Horkheimer selbst hat immerhin darauf hingewiesen, daß nicht einfach zu behaupten wäre, „weil die Weltrevolution nicht eintrat, seien die theoretischen Gedanken nichts wert, nach denen sie als Rettung aus der Barbarei erschienen.“⁷ Und schließlich hatte Horkheimer 1958 noch in sein Notizbuch folgendes eingetragen: „In meiner platonischen Akademie bekämen die untersten Klassen Kritik der politischen Ökonomie zu hören und hätten alle Konsequenzen zu ziehen. Sie würden zu akti-

ven Dialektikern erzogen und mit der Praxis vertraut gemacht. In den oberen freilich hätten sie — ohne das erste zu vergessen — den Malarie zu verstehen.“⁸

Dieses weist auf Ungereimtheiten in der kritischen Theorie Horkheimers, die nur eine kritische Theorie produktiv lösen kann. Bei Horkheimer — und das kennzeichnet seine Position gegenüber anderen, die unter dem Namen der kritischen Theorie rangieren — ist vor allem in frühen Arbeiten eine mögliche Rückbindung der kritischen Sozialtheorie an die widerständige Praxis vorgezeichnet. Und es ist einmal mehr der fragmentarische Stil, das Schreiben in Reflexionen und Aphorismen, was die Stärke Horkheimers kennzeichnet — und seine Arbeiten spröde gegen eine Vereinnahmung für den philosophischen Betrieb macht, weshalb dieser ihn schlicht ignoriert. Eine solche Arbeit ist Horkheimers 1934 unter dem Pseudonym Heinrich Regius in Zürich veröffentlichtes Buch „Dämmerung.



Max Horkheimer (rechts) als Rektor mit dem damaligen Bundeskanzler Adenauer

Notizen in Deutschland“, das Notizen aus den Jahren 1926 bis 1931 versammelt. Besteht eine der wichtigsten Aufgaben der kritischen Theorie darin, wieder ins Gespräch mit der unterdrückten Klasse zu kommen und mit dieser zusammen Veränderungsmöglichkeiten zu diskutieren, so kann „Dämmerung“ geradezu als Pflichtlektüre empfohlen werden. Dazu Horkheimer: „Die sozialistische Gesellschaftsordnung wird von der Weltgeschichte nicht verhindert, sie ist historisch möglich; verwirklicht wird sie aber nicht von einer der Geschichte immanenten Logik, sondern von den an der Theorie geschulten, zum Besseren entschlossenen Menschen, oder überhaupt nicht.“ (253) Zum anderen warnt diese Schrift jeden Intellektuellen, der es ernst meint mit der Sache des Menschen, zumindest ernster als mit der Universitäts-Karriere, vor dem verlockenden Angebot des bürgerlichen Lebens (dem leider auch Horkheimer keineswegs abgeneigt war). In einer sehr luziden Passage aus dem Fragment „Diskussion über die Revolution“ heißt es: „Die Welt, in der die proletarische Elite heranwächst, sind keine Akademien, sondern Kämpfe in Fabriken und Gewerkschaften, Maßregelungen, schmutzige Auseinandersetzungen innerhalb oder außerhalb der Parteien, Zuchthausurteile und Illegalität. Dazu drängen sich keine Studenten wie in die Hörsäle und Laboratorien der Bourgeoisie. Die revolutionäre Karriere führt nicht über Bankette und Ehrentitel, über interessante Forschungen

und Professorengelöhne, sondern über Elend, Schande, Undankbarkeit, Zuchthaus ins Ungewisse, das nur ein fast übermenschlicher Glaube erhellt. Von bloß begabten Leuten wird sie daher selten eingeschlagen.“ (258) Und ganz zu Recht merkt Horkheimer diesem Fragment noch die Frage an: „Stammt das ‚höhere Niveau‘ der bürgerlichen Kritiker, ihr feineres moralisches Gefühl nicht zum Teil aus ihrer Fernhaltung vom wirklichen politischen Kampf? — Haben die Menschen mit ‚höherem Niveau‘ Grund, jene zu verdammen, die wirklich im Kampfe stehen?“ (258) Auch gehört dazu ein klares Bewußtsein darüber, daß der gutlebende Intellektuelle wohl kaum über die Sache der anstehenden Veränderungen allein zu entscheiden in der Lage ist: „Wenn bürgerliche Intellektuelle in den Fragen der revolutionären Theorie auch sonst überall kompetent sein mögen, in Fragen des Zeitpunkts der Revolution sind sie nicht kompetent. Dieser Zeitpunkt hängt mit von dem Willen der Menschen ab. Der Wille aber ist verschieden, je nachdem, ob man in der gegenwärtigen Gesellschaft ein geistiges Leben führen darf oder ob einem alles versagt ist und man an ihr zugrunde geht.“ (S. 303) Ihre Aktualität haben solche Sätze insbesondere in Anbetracht der gegenwärtigen Inszenierung des Privaten, mit der postmoderne Philosophen sich unter dem Namen einer „Lebenskunst“ und „Ästhetik der Existenz“ in die Öffentlichkeit rücken wollen.

Es ist paradox: aber Horkheimers Fehldeutung der ökonomischen Situation ist in der Konsequenz — auch von seinen Schülern — im akademischen Betrieb zum grundsätzlichen Abschied von emanzipatorischer Philosophie gedeutet worden. Bei Horkheimer war es noch schmerzliche Erfahrung, daß das Proletariat wohl vorläufig die Philosophie nicht braucht; heute hingegen wird mit Genugtuung eingestanden, daß der Philosoph am liebsten sich selbst zum unterdrückten und geknechteten Subjekt erhebt, der aber der wahre Kritiker sei, weil er noch frei denken kann, was er den anderen überheblich abspricht. Doch: „Wir können die Gegenwart freilich nicht interesselos betrachten, der politischen Praxis steht nicht die freie Kontemplation, die reine Schau gegenüber, sondern die Richtung unseres Blickes kann durch eine andere Praxis, durch andere Interessen, durch andere Leiden bestimmt sein, und vor der Wahrheit hat die Politik keinen Vorzug.“ (S. 338f.) — (rob)

Quellen:

- 1 vgl. Max Horkheimer, Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Ffm. 1985; Horkheimer arbeitet an diesem Essay zeitgleich zur „Dialektik der Aufklärung“. Vgl. auch Parallelen zwischen dem „Juliette“-Exkurs der Dialektik und dem 1939 publizierten Artikel „Die Juden und Europa“.
 - 2 Zur Kritik, a.a.O., S. 210
 - 3 Notizen 1950 bis 1969 und „Dämmerung“, Ffm. 1974, S. 154
 - 4 Die Sehnsucht nach dem ganz Anderen, Hbg. 1970, S. 89
 - 5 Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 8/1939, S. 115
 - 6 Die Sehnsucht, a.a.O., S. 55
 - 7 Die Juden und Europa, a.a.O., S. 115
 - 8 Notizen, a.a.O., S. 27
- Literaturempfehlung:** Zvi Rosen, Max Horkheimer, Beck-Verlag, München 1995, 173 Seiten, mit 10 Abb., 24 DM.